Abonnementspreis
pro Bierteljahr 1 Mk. bei wöchentlich zweimal erscheinender Unterhaltungs-Beilage. Nach der Arbeitseinstellung Bringerlohn 10 Pf., bei Zustellung in den Ausgabestellen 10 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6962) pro Vierteljahr M. 2.75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 7 Mk. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
nur Montags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens nach 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftsstunden von morgens 8 bis abends nach 7 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 47. | Dresden, Donnerstag den 27. Februar 1902. | 13. Jahrg.

Bericht des Zentral-Komitees für das Königreich Sachsen.

Allgemeines.

Mitten in der Zeit des Konflikts der Zweiten sächsischen Ständekammer mit dem Ministerium Metzsch wird der Bericht über die Thätigkeit der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen für das Jahr 1901 gegeben. Das, was wir so oft vorausgesagt haben, daß die konservative Partei im Dreiklassenparlament ihre Majorität dazu benutzen würde, um sich zur alleinigen Herrscherin aufzuwerfen und die Regierung in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen, das ist prompt eingetreten. Der sächsische Finanzminister v. Watzdorf ist vorläufig das einzige Opfer, das gebracht werden mußte. Nachdem die Konservativen den Finanzkarren unseres hochentwickelten Industrielandes derart verfahren, daß er nun im Morast festsitzt, nachdem sie der Regierung im Jahre 1897 auf 1898 ihre seichten Steuerreformvorschläge zu Wasser gemacht hatten, mußte die unheilvolle Defizitwirtschaft einreißen. Man benutzte nun eine Etatüberschreitung als willkommenen Vorwand, um ausrufen zu können: „Seht, der Finanzminister ist schuld an unsern Geldkalamitäten, er giebt Gelder aus, die wir nicht bewilligt haben!" Wenn auch wir selbst gegen jede Etatsüberschreitung protestieren, die nicht aus einer zwingenden Notwendigkeit entstanden ist, so wollen wir doch eins hierbei feststellen: In den früheren Jahren haben die Konservativen weder im Landtag noch in anderen Parlamenten eine Verletzung der Verfassung in einer Etatsüberschreitung erblicken wollen, wenn eine solche von den Sozialdemokraten gebrandmarkt wurde. Sie haben die Reichsregierung beim China-Manöver, sowie die Landesregierungen bei anderen und für das Volk wichtigeren Sachen verteidigt, wenn ein Unrecht zu Tage lag, welches von der Sozialdemokratie bekämpft wurde. Und jetzt auf einmal erstinken sie Verfassungsverletzungen! Sie suchten und fanden ein Opfer, auf das man die Schuld an den zerrütteten Finanzverhältnissen abwälzen konnte; sie verspürten die Notwendigkeit, sich bei den Wählern in empfehlende Erinnerung zu bringen. Ist das nicht sonderbar? Ob das sächsische Volk die Alleinschuldigen erkennen wird? O ja, dafür wird unsere Agitation im Lande sorgen.

Aber auch die kurzsichtige Politik des Ministeriums Metzsch, welche jede freie Regung im Volke ersticken wollte, die das Dreiklassenwahl-Unrecht guthieß, hat sich bitter gerächt an ihren eigenen Machern. Die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des jetzigen Systems dringt in immer weitere bürgerliche Kreise und den Nutzen davon kann nur unsere Bewegung haben. Es wird eben nicht von uns allein für Abkühlung der patriotischen Begeisterung gesorgt.

Um die Finanzlage Sachsens wieder einigermaßen ins rechte Gleis zu bringen, war es notwendig, daß die Regierung auf neue Einnahmequellen sann. Wer aber glaubte, daß man die schönen Worte von der „Besteuerung nur der tragfähigen Schultern" in die That umsetzen würde, der mußte sich arg getäuscht sehen, als die zur Beratung der Einkommensteuer-Reform eingesetzte außerordentliche Deputation ihren Bericht erstattete. Die Regierung hatte eine 25prozentige Erhöhung der Einkommensteuersätze bei den Einkommen von 700 M. an gefordert, die Deputation und mit ihr die Zweite Kammer beschlossen dieselbe Erhöhung bei den Einkommen von 800 M. an. Außerdem erhöhte man die Progression auf 5 Prozent und weil sich auch da noch Steuerzuschläge nötig machen, so bedeutet die vorläufige Steuerreform eine Erhöhung der Einkommensteuer um rund 50 Prozent.

Nach der Erhöhung der Einkommensteuer beschloß man eine Vermögenssteuer, doch ob diese Gesetz wird, kann in Anbetracht der Abneigung gegen die Besteuerung der Besitzenden noch stark bezweifelt werden. Unter den „tragfähigen Schultern" scheint man eben nur die Arbeiterschaft zu kennen.

Obendrein haben unsere Gesetzgeber noch für gut befunden, die Gerichtskosten um 25 Prozent zu erhöhen. Wenn von dieser Einrichtung ganz besonders der sogenannte Mittelstand am härtesten betroffen wird, so können diese guten Leute sich jetzt bei den Konservativen bedanken, denen sie stets nachgelaufen sind; sie selbst haben gerade dazu beigetragen, die Herrschaft der Reaktionäre zu befestigen.

Es war ja von vornherein klar, daß ein solches Parlament die Reichen und Reichsten möglichst schonen, den kleinen Mann aber stets belasten wird. So ist es auch gekommen und zwar zu einer Zeit, wo die herrschende Krise schon so furchtbare Wunden dem Volke schlägt.

Die Arbeitslosigkeit hat ganz besonders die sächsischen Industriearbeiter heimgesucht. Massenhafte Entlassungen, teilweise Beschäftigung, Einschränkungen der Betriebe, Krach und Konkurse sind die Schäden, unter denen das Proletariat fortgesetzt zu leiden hat. Der Staat, der sich zur Aufgabe machen müßte, den Notstand zu lindern und dem Volke die Kaufkraft zu erhalten, derselbe Staat, der die Steuerzahler so sehr notwendig braucht — er verschärft das Elend dadurch, daß er massenhafte Entlassungen von Arbeitern aus seinen eigenen Betrieben, ganz besonders auf den Staatsbahnen, vornimmt.

Als die so fein bestellte Notstands-Interpellation im Landtag auf der Tagesordnung stand, leugnete man ihn rundweg ab. Und doch ist durch die einwandsfreien und sorgsam durchgeführten Arbeitslosenzählungen der organisierten Arbeiter bewiesen worden, daß Zehntausende von braven Proletariern und Familienvätern arbeitsuchend auf der Straße herumirren und Hunderttausende von Familienangehörigen am Hungertuche zu nagen verurteilt sind. Diese Riesenarmee, der die Kaufkraft so entzogen wird, zieht Hunderte von Existenzen des Mittelstandes nach sich ins Verderben und das Resultat ist immer wieder: Bankrotte sind auf der Tagesordnung!

Mit der riesigen Steuererhöhung ist aber der Belastung des sächsischen Volkes noch nicht vollkommen Genüge geleistet. Es soll den bittern Kelch bis auf die Neige leeren. Im Kampfe für den Brotwucher wollten sich auch die sächsischen Konservativen und ihr Anhang die Sporen verdienen. Nachdem die Regierung schon im Bundesrate ihr Ja und Amen zum neuen Hungerzoll gegeben hatte, drängte es die Mehrheit im Landtage, auch ihrerseits zu erklären, daß sie mit dem Begehren der Großgrundbesitzer vollkommen einverstanden und gesonnen ist, den schon schwer um ihre Existenz ringenden Angehörigen des Arbeiter-, Mittel-, Handwerker-, kleinen Bauern- und Beamtenstandes den Brotkorb bedeutend höher zu hängen. Daß derartiges in einem Lande möglich ist, dessen Einwohner hauptsächlich von der Entwickelung der Industrie abhängig sind und demnach das größte Interesse an dem Abschluß möglichst günstiger Handelsverträge haben müssen, läßt sich ebenfalls nur durch das Geldsacks-Wahlsystem zum Landtag erklären. Wie das sächsische Volk den Brotwucher beurteilt, das werden wir beim Punkt „Agitation" sehen.

Daß die Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft mit ihren immer mächtiger anschwellenden Organisationen und die Handhabung der Gesetze, besonders des groben Unfug-Paragraphen, genau so einsetzten, wie in früheren Jahren, das ist selbstverständlich, weil es den Wünschen der Hofratspartei entspricht. Sie herrscht, reglementiert, gebietet — wir agitieren und sorgen dafür, daß diese Art Herrschaft im Volke die gebührende Anerkennung findet. Wer den Kürzeren zieht, das kann nicht zweifelhaft sein. Die Stimme des Volkes hat man mit dem Ausschluß der sozialdemokratischen Abgeordneten mit Hilfe des elendesten aller Wahlsysteme im Landtag zum Schweigen gebracht, desto lauter und vernehmlicher wird sie im Lande selbst erschallen trotz aller Gesetzesauslegungen, Kniffe und Nadelstiche!

Das sind im großen und ganzen die Grundzüge der sächsischen Politik, einer Politik, die das Volk ins Verderben reißen muß, wenn ihr nicht schnell genug ein Ende gemacht wird. Wir wissen die übergroße Masse der sächsischen Staatsbürger hinter uns, wenn wir der Meinung Ausdruck geben und fordern: Schafft uns das Dreiklassen-Parlament vom Halse, gebt dem schwer leidenden sächsischen Volke seine politischen Rechte, damit es wieder Anteil an der Gesetzgebung hat, beseitigt die einseitige Wahrnehmung der Geldsacks-Interessen, damit die Bahn für die Gerechtigkeit frei wird — und es werden wieder bessere Zustände im Sachsenlande erblühen. Lernet, denn Ihr seid genug und gründlich gewarnt worden!

Agitation.

Daß im verflossenen Jahre bei der sich nötig machenden umfangreichen Agitation die kleinliche sächsische Nadelstichpolitik unser ständiger Begleiter war, daran wird kein Parteigenosse zweifeln. Versammlungsverbote und Auflösungen, Wortentziehungen und Strafandrohungen, Einschüchterungen der Wirte und Lokalentziehungen, Militär-Boykotts und eifrige Fahndungen nach Minderjährigen — dieses bunte Bild sächsischer Raritäten belebte sich wie üblich und es würde zu weit führen, wollten wir hier auch nur einen Teil dieser Maßnahmen wiedergeben. Die wunderlichsten Begründungen bei Beschwerde-Abweisungen sind zu verzeichnen, wir sind daran gewöhnt, weil es eben — stereotype Einrichtungen Sachsens sind. Und hat dieser ganze Apparat vermocht, uns etwa auch nur im geringsten in unserer Agitation zu hemmen? Wir behaupten: Das Gegenteil von der erhofften Wirkung ist eingetreten:

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst von Wolzogen.

(7. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]

Viertes Kapitel.

In welchem der Junker aus dem Sonnenuntergang Kapital schlägt und allerseits den besten Eindruck hinterläßt.

Die beiden Schwestern hatten inzwischen auf dem kurzgeschorenen Rasenplatz an der Ostseite der Villa alles zum Croquetspiel vorbereitet. Sie waren nicht wenig erstaunt, als sie nach so kurzer Zeit schon die beiden Herren Arm in Arm und in offenbar sehr heiterer Stimmung aus dem Hause treten sahen — so heiter, als hätten sie den Abschluß eines glänzenden Geschäfts durch Vertilgung einiger Flaschen feurigen Weines besiegelt.

Frau Prümmer stieß ihre Schwester an und flüsterte ihr zu: „Du Lotti, sieh doch bloß mal den Heini an, was macht denn der für ein Gesicht? Gar nicht geschäftlich, was? Du, ich wette, der Baron hat was gesagt."

„Was soll er denn gesagt haben?"

„Ach, thu doch nicht so! Glaubst Du, daß er mich meint?"

Charlotte zuckte nur lächelnd die Achseln und Frau Prümmer, die vor Neugier schon ganz zapplig war, ging den Herren rasch entgegen und sagte: „Bravo, da sind Sie ja wieder! Nun, spielen Sie eine Partie mit uns, Herr von Klinkenberg? Mit dem Segeln ist's heute doch nichts. Es rührt sich ja kein Lüftchen. Heini, Du mußt auch mit thun, das hilft Dir nichts."

Damit ergriff sie ihren Bruder vorn beim Rock und führte ihn ein wenig bei Seite.

„Sie entschuldigen, Herr Baron, auch eine geschäftliche Angelegenheit," rief sie lachend, den Kopf über die Schulter zurückwerfend. Und dann, sobald sie den Bruder außer Hörweite hatte, fragte sie eifrig: „Nun?"

„Was denn, nun? Interessiert Dich unser Geschäft so sehr?"

„I, Gott bewahre. Der ist doch nur unsertwegen gekommen."

„Glaubst Du wirklich?"

„Ach, sag' doch, sag' doch. Bitte, bitte! Stell Dich doch nicht so dumm an, alter Heini."

„Ja, gefällt er Dir denn überhaupt?"

„Ich finde ihn wenigstens furchtbar nett."

„Hm; nun ja, so weit ..... Weißt Du, ich glaube, das ist ein ziemlich wundiger Herr. Du würdest immerhin gut thun, Deine Gefühle ein wenig vorsichtig zu kontrollieren."

„Also hat er doch was gesagt? So sei doch nicht so langweilig! Was hat er denn gesagt?"

„Ach, Dummheiten, ich versichere Dich, nichts als Dummheiten."

„I wo. Zum Beispiel?"

„Zum Beispiel: er hätte das Unglück, immer nur Witwen zu gefallen und würde sich doch nicht entschließen können, eine Witwe zu heiraten."

„Ach, Unsinn, so ja nicht wahr. Ich sehe es Dir ja an, Du moquierst Dich wieder über mich," schmollte Frau Hedwig und gab vorläufig ihre Bemühungen, aus dem Bruder etwas herauszubringen, auf.

Aribert hatte ihr bewundernd nachgeblickt. Was sie für eine entzückende Figur hatte! Wie reizend ihr das weiße Kleid mit der bunten seidenen Bluse stand. Diese eleganten, kleinen Füße, und dieser elastische Gang — entzückend! Wie viel die wohl haben mochte ...? Ob ihr der selige Prümmer wohl das Seinige zu freier Verfügung hinterlassen hatte? Wenn man sich doch nur Gewißheit verschaffen könnte!

„Nun, Herr von Klinkenberg, wollen wir nicht inzwischen die Waffen wählen?" weckte ihn Charlottens weiche Stimme aus seinem Sinnen.

Er fuhr rasch herum und lächelte etwas verwirrt. „Ach so, ja — pardon! gewiß, gnädiges Fräulein." Er wählte sich einen Hammer und dann losten sie die Parteien aus. Rot und grün fielen ihm und Frau Prümmer, schwarz und gelb dem Doktor und Charlotten zu. Als sie soweit in Ordnung waren, entstand eine kleine Pause im Gespräch und Aribert wußte die Unterhaltung nicht anders in Fluß zu bringen, als durch die stehende Leutnants-Eröffnung: „Haben Sie viel getanzt in diesem Winter, mein gnädiges Fräulein?"

„Nein, ich habe überhaupt noch nie einen Ball mitgemacht," antwortete Charlotte gleichgültig.

„Ach, is nich möglich!" rief Aribert und schaute ihr ziemlich dumm ins Gesicht. „Ja, entschuldigen Sie, womit vertreiben Sie sich denn da die Zeit, den ganzen langen Winter über?"

„O, ich langweile mich niemals," versetzte sie, ein wenig ironisch lächelnd; „ich lese viel, ich musiziere noch mehr, und dann habe ich ja auch mit dem Haushalt etwas zu thun."

„Soso ... Das ist ja sehr .... Aber man muß sich doch auch Bewegung machen."

„Ja, gewiß," lachte sie, „das thue ich auch reichlich. Mein Bruder ist ein unermüdlicher Fußgänger. Das ist eigentlich seine einzige Leidenschaft, das Laufen, und er hat mich von klein an fast immer mitgenommen auf seinen Spaziergängen. Im Sommer machen wir die größten Touren im Gebirge. Ich muß sagen, ich kenne auch kaum etwas Schöneres."

„Soso!" sagte Aribert wieder. Ihm war von allen Fortbewegungsarten die zu Fuß die wenigst angenehme, aber er hütete sich, das einzugestehen, sondern machte vielmehr einige Redensarten über den hygienischen Wert des Fußsports. Viel wußte er aber über dies Thema nicht zu sagen und so war er recht froh, als in diesem Augenblick der Doktor und Frau Prümmer sich zu ihnen gesellten und das Spiel seinen Anfang nahm.

„Sagen Sie mal, gnädige Frau," redete er seine Partnerin im Verlauf des Spieles an, „ist es wirklich möglich, daß Ihr Fräulein Schwester sich gar nichts aus dem Tanzen macht?"

„Ach, wissen Sie, was man nicht kennt, entbehrt man auch wohl nicht," versetzte Frau Prümmer. „Wie sollte die Lotte zu Bällen kommen? Sie müssen bedenken, daß unsere Mutter gestorben ist, als sie fünf Jahre alt war, und seither hat unser guter Bruder an uns Mutterstelle vertreten. Na, und daß der keine Bälle geben mag, das sehen Sie ihm doch wohl an. Der häusliche Verkehr hat sich überhaupt immer auf einige wenige Geschäftsfreunde beschränkt, meist ältere, sehr solide Herren. Tanzlustige Familien waren zufällig nicht darunter. Denken Sie, ich habe auch erst als Frau zum erstenmal getanzt, und ich tanze doch so leidenschaftlich gern."

„Das kann ich mir denken," erwiderte Aribert. „Das hab' ich sofort Ihrem schwebenden Gange angesehen, der rhythmischen Grazie aller Ihrer Bewegungen. Es muß himmlisch sein, mit Ihnen tanzen zu dürfen."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020227/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

die Agitation ist dadurch belebt worden! Die immer weiter umsichgreifende tiefgehende Unzufriedenheit über die schlimmen wirtschaftlichen und politischen Zustände ist eben mit den gewöhnlichen Polizei-Reglements und mit Strafverfügungen nicht zu bekämpfen. Die Naturnotwendigkeit liegt dieser Unzufriedenheit zu Grunde, sie macht sich eben Luft, kann sie es nicht nach der einen Richtung hin, dann aber sicher nach der andern; die letzte Zufluchtsstätte aller Bedrückten ist eben unsere Partei. Daran können nur politisch kurzsichtige Kreaturen zweifeln.

Im Vordergrunde der Agitation stand und steht ja auch heute noch der energische Kampf gegen die Unersättlichkeit der deutschen Großgrundbesitzer, der Kampf des Volkes um sein Brot! Die sächsische Sozialdemokratie war sich der Thatsache bewußt, daß sie innerhalb der grün-weißen Grenzpfähle die alleinige Oppositionspartei gegen die Lebensmittelverteuerung darstellt und das Vertrauen des sächsischen Volkes dadurch am besten rechtfertige, wenn sie unerschrocken und zielbewußt auf dem Plane erschien und der Habgier der Agrarier Einhalt gebot. Die radikalen bürgerlichen Parteigruppen können den Brotwucher nicht wirksam bekämpfen, sie sind zu schwach und hinter einigen zahnlosen Feldwebeln von ihnen stehen keine Soldaten mehr — sie haben ihre Wiederbelebung auch längst aufgegeben. Die Gefechtslinie in diesem Kampfe war klar: Hier die Sozialdemokratie mit dem Volke — dort die einflußreiche konservative Hofratsklique mit dem lendenlahmen antisemitischen Anhängsel. Hier die Parole: Nieder mit dem Lebensmittelwucher! — dort: Hoch die Volksausbeutung! Ein frischer Kampf der neuen gegen die alte Weltanschauung. Und wahrlich: Wir haben uns tapfer geschlagen. Die alten sowie die jungen Kräfte in unserer Partei wetteiferten in edler Begeisterung im Vorwärtsstürmen! Die Indifferenten aufzuklären, die Wankelmütigen zum Stehen zu bringen, die Hoffnungslosen mit neuem Mut zu beleben, Männer und Frauen dabei mit den Ideen des Sozialismus vertraut zu machen, dies war unsere schöne Aufgabe. Sehen wir zu, wie wir dieser Aufgabe gerecht geworden sind:

Versammlungen wurden gegen den Brotwucher abgehalten:

87	im Dresdner Bezirk	mit ungefähr	16 000	Besuchern
21	„ Leipziger	„ „ „	21 000	„
51	„ Chemnitzer	„ „ „	29 500	„
47	„ Zwickauer	„ „ „	26 000	„
206	Versammlungen	mit ungefähr	126 100	Besuchern.

Unterschriften gegen den Brotwucher wurden abgegeben: Im

1. Kreise	14 455	12. u. 13. Kreise	113 908
2. „	15 671	14. Kreise	8 322
3. „	7 191	15. „	22 187
4. „	12 132	16. „	39 521
5. „	22 135	17. „	24 727
6. „	31 434	18. „	38 862
7. „	9 508	19. „	28 691
8. „	8 126	20. „	13 692
9. „	7 324	21. „	8 180
10. „	15 804	22. „	22 061
11. „	7 629	23. „	11 300

In Summa 482 860 Unterschriften! Das ist eine Verurteilung des Brotwuchers durch den Richterspruch des Volkes. Leider muß aber auch konstatiert werden, daß mehrere Reichstagswahlkreis-Organisationen ihre Pflicht bei dieser Protestbewegung nicht so erfüllt haben, wie wir wohl verlangen konnten. Das Resultat wäre noch bedeutend besser geworden, wenn man sich Mühe gegeben hatte, zum mindesten unsere Stimmenzahl durch die Zahl der Unterschriften ganz bedeutend zu übertreffen.

Das vom Zentralkomitee auf Beschluß der letzten Landeskonferenz herausgegebene Flugblatt „An Sachsens Volk" ist in einer Auflage von 740 000 Exemplaren in allen Kreisen verbreitet worden. Außerdem ist das vom Parteivorstand in Berlin herausgegebene Flugblatt „Was kosten uns die Junker?" in einer Reihe von Wahlkreisen ebenfalls in beträchtlicher Auflage zur Verteilung gelangt.

Damit war aber der Kampf gegen den Brotwucher noch nicht erschöpft. Unzählige gegnerische Versammlungen (im Dresdner Bezirk allein 34) wurden von sozialdemokratischen Rednern aufgesucht, um auch dort unsere Ideen zum Ausdruck zu bringen. Alles in allem: Die Aufmunterung der indifferenten Masse ist bei der Diskussion über die Getreidezollerhöhung von der sächsischen Sozialdemokratie eifrig besorgt worden.

Im Zusammenhang mit einer so umfassenden Agitation stand auch die Referentenfrage. Es ist selbstverständlich, daß alle rednerisch thätigen Parteigenossen auf dem Posten waren. Doch bei so vielen Versammlungen ist die Besorgung von Rednern äußerst schwierig, schon deswegen, weil fast alle Versammlungen unter der Landbevölkerung nur Sonnabends und Sonntags stattfinden können. Das Zentralkomitee mit den Agitationskomitees hat öfters über die Referentenbesorgung verhandelt und man einigte sich dahin, die Redner der einzelnen Komitees möglichst auszutauschen. Auf diese Weise konnte alles glatt erledigt werden, keine einzige Beschwerde ist in dieser Hinsicht im verflossenen Jahre erhoben worden.

Der bei der Landbevölkerung zu einem lieben Freunde gewordene Agitations-Kalender ist ebenfalls wieder in einer Auflage von 90 000 Exemplaren verbreitet und überall gut aufgenommen worden. Notwendig ist es, daß ihm die einzelnen Kreise mehr Beachtung schenken, namentlich im laufenden Jahre, wo er uns zu den nächsten Reichstagswahlen ganz gute Dienste leisten wird. Der Preis ist ja auch so niedrig gestellt, daß man wahrhaftig nicht nötig hat, allzu knauserig mit diesem guten Agitationsmittel zu sein.

Die Flugblätter, die anläßlich der Landtags- und Gemeinderatswahlen verbreitet wurden, belaufen sich ebenfalls auf viele Hunderttausende. Versammlungen zu diesen Zwecken fanden auch überall statt, wo wir uns an diesen Wahlen beteiligten.

Um die Beschlüsse des Mainzer Parteitages zur Ausführung zu bringen, insbesondere um die Forderung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes eifrig zu propagieren, fanden eine ganze Anzahl von Arbeiterinnen-Versammlungen in fast allen größeren Industrieorten Sachsens statt. Durch diese Agitation sind die politischen sowohl als die gewerkschaftlichen Organisationen durch weibliche Mitglieder verstärkt worden. — Wir sehen also, daß in Bezug auf agitatorische Leistungen das verflossene Jahr eines der erfolgreichsten war.

Von den Zöllnern.

Die Zolltarifkommission hat die beiden Tage, die ihr das Plenum freigelassen hat, weidlich ausgenutzt und am Dienstag und Mittwoch sowohl vormittags wie nachmittags verhandelt. An beiden Tagen war die Regierung genötigt, Erklärungen abzugeben; da Graf Posadowsky erkrankt ist, sprangen der den Agrariern verhaßteste Staatssekretär v. Thielmann und der ebensowenig beliebte preußische Handelsminister Möller für ihn ein.

Am Dienstag sagte Freiherr v. Thielmann, daß jeder einzelne der Sätze der Regierungsvorlage über die Getreidezölle das Aeußerste sei, bis zu dem die Regierung gehen könne. Ein Vertreter der bayrischen Regierung erklärte sich gegen eine Erhöhung der Gerstenzölle über den Tarif hinaus. Landwirtschaftsminister v. Podbielski versicherte, der Tarifentwurf enthalte alles, was er als Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen für durchführbar halte.

Diese Erklärungen haben die Agrarier in hohem Grade erregt; sie schickten deshalb am Mittwoch sofort einen ihrer obersten Führer, den Grafen Schwerin-Löwitz, Vorsitzenden des deutschen Landwirtschaftsrats, vor; er versuchte den unmöglichen Nachweis der Notwendigkeit von Wucherzöllen für die Landwirtschaft zu liefern und fuhr dann fort: Mindestens hätte die Regierung vermeiden müssen, in einem so frühen Stadium eine so schroff ablehnende Antwort zu geben. Sie ist erfolgt, bevor eine eigentliche Begründung der Anträge erfolgen konnte. Sollte sich die Regierung nicht auf die im Kompromißantrag vorgesehlagenen Sätze einlassen, **so werden wir lieber den ganzen Tarif scheitern lassen.** Die Stellung der Regierung wird dann unhaltbar, indem sie nur eine demokratische Minderheit für sich, die Mehrheit im Volke und in den gesetzgebenden Körperschaften aber gegen sich hat. Ich muß für meine Freunde erklären, daß sie die Verpflichtung, für Handelsverträge zu stimmen, in denen die Sätze des Minimaltarifs enthalten sind, nicht übernehmen, sondern bei der jetzigen Alternative ein **vollständiges Scheitern des Entwurfs als das geringere Uebel** ansehen verglichen mit einer langfristigen Bindung der Zollsätze.

Preußischer Handelsminister Möller: Die Regierung ist zu ihrer Erklärung gekommen, weil die Sätze im Tarif das höchste sind, was sich erreichen läßt. Die Regierung hat aber das Interesse des ganzen Volkes im Auge. Handelsverträge sind notwendig, sonst würden Hunderttausende von Arbeitern die Arbeit verlieren und darunter würde auch die Landwirtschaft leiden.

In der Nachmittagssitzung am Mittwoch nahm zunächst unser Parteigenosse Abg. Stadthagen das Wort, um nochmals alle unsere durchschlagenden und von niemandem erschütterten Gründe gegen die Wucherzölle auf Getreide vorzutragen. Sodann gab der sächsische Bevollmächtigte, Finanzminister Rüger, die Erklärung ab, daß auch die sächsische Regierung auf dem Boden der Vorlage stehe und stehenbleiben werde.

Der Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Spahn, führte, nachdem der Ausgang der Verhandlungen für diesmal durch die Debatten klargestellt worden war, den üblichen Eiertanz, recht wenig elegant, auf. Er meinte, die Unterzeichner des Kompromißantrages seien jetzt nicht gewillt, nachzugeben. In der Kommission könne man erst die höheren Sätze beschließen, dann könne man unterhandeln. Erklärungen, wie sie namentlich Graf Posadowsky abgegeben hat, seien ungehörig. Warum sei der Reichskanzler nicht selbst zur Stelle? Liege nur ein Kompromiß zwischen den Einzelstaaten vor? Nach Beendigung der ersten Lesung werde man noch einmal die Regierungen der Einzelstaaten befragen müssen, vielleicht erreiche man dann ein anderes Resultat.

Endlich kam man zu der mit großer Spannung erwarteten ersten **Abstimmung:**

1. Der **Antrag Bebel** auf Beseitigung aller Lebensmittelzölle wird abgelehnt, soweit die Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste und Hafer darin in Frage kommen. Dafür stimmen nur die vier Sozialdemokraten. Die übrigen Teile des Antrags Bebel kommen bei den entsprechenden Tarifpositionen zur Abstimmung.

Vor der Abstimmung über den Kompromißantrag Herold-Graf Schwerin erklären die Abgg. Frhr. v. Wangenheim (kons.) und Heim (Zentr.), daß sie sich der Abstimmung enthalten würden.

2. Der **Kompromißantrag Herold** wird hierauf in seinem ersten Teile mit **14** gegen **10** Stimmen angenommen. Mit der Mehrheit stimmte der Nationalliberale Sieg. Es fehlten die Abgg. Müller-Meiningen (freis. Volksp.) und Göbel (Antis.). Die Minderheit setzte sich zusammen aus 4 Sozialdemokraten, 3 Freisinnigen und den Nationalliberalen Paasche, Beumer und Blankenhorn. Danach sollen als Minimalzölle in das Tarifgesetz eingestellt werden: für Roggen 5,50 M., für Weizen 6 M., Gerste 5,50 M. und Hafer 5,50 M.

3. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird auch der zweite Teil des Antrags Herold angenommen. Danach sollen in den Zolltarif als Maximalzölle eingesetzt werden: ein Roggenzoll von 7 M., ein Weizenzoll von 7,50 M., ein Gerstenzoll von 7 M. und ein Haferzoll von 7 M.

Damit ist das Zolltarifgesetz und die ersten 4 Positionen des Zolltarifs erledigt.

Im ganzen stehen danach von den 28 Mitgliedern der Kommission 17 der Regierung vom agrarischen Standpunkte aus schroff gegenüber. Auf dem Standpunkte der Regierung stehen vorläufig nur die nationalliberalen Abgg. Beumer, Blankenhorn und Paasche, während sich ihr Fraktionskollege Sieg den Agrariern ganz angeschlossen hat. Die konservative Partei soll schon erwogen haben, die förmliche Vertagung der Kommission zu beantragen. Zunächst ist für diesen Donnerstag die Weiterberatung der anderen Tarifsätze in der Kommission beschlossen worden. Bei den Industriezöllen wird die Mehrheit voraussichtlich beständig wechseln, die Kämpfe werden vielleicht nicht so lebhaft sein, wie bei den Agrarzöllen, aber jäh und zeitraubend, so daß an eine rechtzeitige Fertigstellung des Tarifs gar nicht zu denken ist. Die Freis. Ztg. des Abg. Richter rät denn auch schon der Regierung, ihr Werk einfach preiszugeben. Bebel hat dafür die bessere und deutlichere Formel gegeben: Hinab in den Orkus mit diesem Tarif!

Politische Uebersicht.

Die Nationalliberalen und das Reichstagswahlrecht.

Während der bekannte Kathedersozialist Professor Brentano in München dieser Tage bei einer Vorlesung über das Koalitionsrecht der Arbeiter die in Preußen-Deutschland thatsächlich herrschende Rechtsungleichheit für Unternehmer und Arbeiter scharf geißelte, hat ein anderer akademischer Lehrer an einer deutschen Universität Gedanken über das Reichstagswahlrecht geäußert, die festgenagelt werden müssen.

Der Professor der Nationalökonomie an der Universität Halle, Geheimer Regierungsrat Dr. Johannes Conrad, hat vor einigen Wochen einen Zyklus öffentlicher Vorträge über die soziale Frage begonnen, über die sich der Vorwärts alle Berichterstattung verbat. Jetzt zeigt sich, daß Professor Conrad alle Ursache für seine Scheu vor der Oeffentlichkeit hatte. Er hat jetzt, wie wir unserem Hallenser Bruderblatt entnehmen, in seinem letzten Vortrag Ansichten vorgetragen, die für die Beurteilung seiner, der nationalliberalen Partei außerordentlich wertvoll sind. Im Reichstag, in Versammlungen und bei anderen Gelegenheiten haben die Führer der nationalliberalen Partei stets — häufig mit Emphase — sich gegen den Vorwurf verwahrt, sie seien Feinde des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für den Reichstag. Herr Conrad hat nun am Donnerstag diese Beteuerungen Lügen gestraft. Er ist nicht nur bereit, das Reichstagswahlrecht in reaktionärem Sinne zu ändern, er hält eine solche Aenderung für eine Selbstverständlichkeit.

In zwei Vorträgen beschäftigt sich Conrad mit der Sozialdemokratie. Er hält die Sozialdemokratie und ihre Agitation für beklagenswert und gefährlich, „weil sie bewußt und methodisch die Ruhe und Zufriedenheit der unteren Klassen stört, den Arbeitern goldene Berge verspricht und ihnen das Bewußtsein raubt, daß der Mensch nur durch Arbeit glücklich werden kann; weil sie Haß und Mißgunst in den unteren Klassen züchtet". Eine politische Gefahr sieht Herr Conrad in der Sozialdemokratie nicht; er bedauert, daß sie von allen Seiten überschätzt werde. Es sei beklagenswert, daß viele sich vor einer weiteren Ausbreitung der sozialdemokratischen Partei bängen, sich ängstlich die Frage vorlegen, was dann werden solle, wenn die Zahl ihrer Vertreter im Reichstage

---

Frau Hedwig errötete geschmeichelt. „Nun, ich will sehen, was sich thun läßt. Vielleicht im nächsten Winter. Ich habe geschworen, etwas Leben in die Gesellschaft zu bringen."

„Im nächsten Winter? Ach, Du lieber Himmel! So lange halte ich es bei Gott nicht aus."

„Passen Sie doch auf, Herr von Klinkenberg. Sie sind dran!" rief Charlotte vom anderen Ende des Spielplatzes her. „Ich habe mir erlaubt, Ihre Kugel inzwischen ein bißchen kalt zu stellen. Ja, nun suchen Sie nur."

Aribert erging sich in Entschuldigungen, suchte seine Kugel und ließ sich dann von seiner Partnerin sagen, was er zu thun habe. Er stellte sich absichtlich ungeschickter an, als er war, nur um das Vergnügen zu haben, sich von ihr necken und herumzerren zu lassen. Sobald er seinen Ball gemacht hatte, stellte er sich in die Mitte des Platzes und rief: „Pardon! einen Augenblick, meine Herrschaften. Ich habe eine brillante Idee. Als Junggeselle und durchreisender Fremder kann ich mich leider nicht für Ihre liebenswürdige Aufnahme revanchieren. Aber ich werde meine Schwester und meinen Schwager, den Major von Meyern, veranlassen, daß er uns in seinem Hause, in der Keithstraße einen kleinen Sommerball arrangiert. Das gnädige Fräulein muß doch endlich einmal die Ballweihe empfangen. Ich biete mich gehorsamst zum Paten an." Und er verbeugte sich tief gegen Charlotte.

„Ach! nur meinetwegen wollen Sie das arrangieren?" versetzte die ein wenig spitz.

Frau Hedwig klatschte etwas übertrieben kindlich in die Hände und jubelte: „Ah, bravo, bravo! das ist wirklich eine brillante Idee. Heini, Du bist ganz still! Du darfst uns nicht den Spaß verderben."

Der Doktor trat näher und sagte etwas zurückhaltend: „Das will ich auch durchaus nicht. Aber wir kennen ja die Herrschaften gar nicht. Wir können uns doch nicht so aufdrängen."

„Aufdrängen? Wo denken Sie hin, mein bester Herr Doktor," rief Aribert großartig. „Das macht sich ja ungeheuer einfach! Wir treffen uns in den nächsten Tagen einmal irgendwo in Berlin — sagen wir im Ausstellungspark. Ich bringe Meyers mit, und die Bekanntschaft ist gemacht. Mein Schwager und meine Schwester werden entzückt sein."

Dagegen konnte Herr Schönbeck, ohne unhöflich zu erscheinen, nicht viel einwenden und so galt denn diese Sache vorläufig als abgemacht. Das Spiel nahm seinen Fortgang und endete schließlich, Dank der großen Geschicklichkeit Frau Prümmers, die alle Sünden ihres Partners wieder ausglich, mit dem Siege von Rot und Grün. Charlotte ging ins Haus, um nach dem Abendbrot zu sehen, und ein glücklicher Zufall wollte es, daß gleich darauf auch das Hausmädchen den Doktor abrief. Sein Vater wünsche mit ihm zu sprechen.

So blieb denn der Junker Aribert mit seiner reizenden Witwe allein. Sie wandelten nebeneinander dem schattigsten Teil des Gartens zu, wo ein dicht zugewachsener Laubgang bis an das Ufer des Sees hinunterführte. Jetzt galt es, die gute Gelegenheit zu benützen. Die Augenblicke waren kostbar und man durfte sich nicht lange bei der Vorrede aufhalten.

Sobald sie in dem Laubengang angekommen waren, in welchem trotz der frühen Abendstunde schon eine wahrhaft kuppelerische Dämmerung herrschte, seufzte Aribert vielsagend und sah die junge Frau schmachtend von der Seite an.

„Was haben Sie denn? Hat Sie das Spiel so angegriffen?" neckte Frau Prümmer.

Und er erwiderte in zärtlich abgedämpften Tönen: „O nein, mit einer solchen Partnerin könnte ich im Gegenteil ewig spielen. Wer Ihren Farben folgt, schöne Frau, der ist ja immer des Sieges gewiß."

Frau Prümmer wurde rot, räusperte sich und sagte dann rasch: „Ich glaube, mein Papa angelt noch immer. Wollen wir ihm nicht vielleicht zusehen?"

„Um Gotteswillen, nein!" rief Aribert entsetzt. „Verschonen Sie mich jetzt nur mit Fischen. Ich hasse diese kaltblütigen Bestien. Der Abend ist so warm — und die Stimmung auch, finden Sie nicht? Der Tag war so schön — so schön! Ueberkommt Sie nicht auch jedesmal, wenn die Sonne nach einem solchen Tage blutrot untergeht, so etwas wie Abschiedswehmut?"

„Wenn die Sonne blutrot untergeht, das soll so eine Reihe von schönen Tagen bedeuten," versetzte sie lächelnd.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020227/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

immer größer werde und sie eventuell die Majorität erlangen könnte. „Nun" — so sagte Herr Conrad wörtlich — „dieses wird nicht eintreten! Sobald diese Gefahr besteht, muß das Wahlrecht einfach geändert werden. Das ist gar nicht anders möglich einer Partei gegenüber, die die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung untergräbt und alles das in gehässiger Weise angreift, was uns heilig ist. Und wenn man glaubt, dann komme die Revolution, eine gewaltsame, blutige Erhebung, und sich davor fürchtet, dann kennt man unser Staats- und Heerwesen schlecht. Unser Staatswesen ist so festgefügt, unser Heerwesen ist so gut und straff organisiert, daß die Sozialdemokratie nie etwas ausrichten wird." Für ihn ist es gar nicht zweifelhaft, daß bei der großen Masse der Sozialdemokraten die Absicht zu einem gewaltsamen Vorgehen vorliegt; „es fehlt ihnen nur die Macht, ihre Absicht zu verwirklichen". So weit der Hallenser Professor.

Die Freunde und Verteidiger des allgemeinen, gleichen Reichstagswahlrechts, besonders die Arbeiterklasse, haben alle Veranlassung, dem Herrn Conrad für seine Bekenntnisse dankbar zu sein. Man weiß doch wenigstens, woran man ist! Ihrer ganzen sozialen Stellung nach muß die Masse der Nationalliberalen solche Staatsstreichpläne in noch ausgesprochen entschiedener Weise bejahen und pflegen wie Conrad. Dieser ist doch immer noch ein „gebildeter" Mann, der sich auch den Schaden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht verhehlt, er ist auch materiell nicht so an der Aufrechterhaltung der jetzigen Zustände interessiert wie die „Männer der Praxis", die Großkapitalisten und Grubenbarone der nationalliberalen Partei. Es geht seit langem etwas vor im Schoße der herrschenden Klasse, dunkle Pläne werden gesponnen, Anschläge vorbereitet. Das, was der Hallenser Professor bekannt hat, muß wie eine Fanfare wirken, die tönend zum Sammeln und zur Kampfbereitschaft auffordert. Und sie wird so wirken, darauf mag sich der Hallenser Professor und sein politischer Anhang verlassen!

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Februar. Nach einer im Reichsanzeiger mitgeteilten landespolizeilichen Verordnung ist das Verbot der Einfuhr von Rindvieh aus Galizien, aufgehoben worden.

— Der Nat.-Ztg. zufolge sind in den Vorstand des Handelsvertragsvereins folgende Herren eingetreten: Von nationalliberaler Seite aus: Staatsminister a. D. Hobrecht und Abg. Reichardt, von seiten der freisinnigen Volkspartei Dr. Cruger und Schmidt-Elberfeld.

— Ein Reichswohnungsgesetz? Vertreter der preußischen Ministerien des Innern und für Handel und Gewerbe werden Mitte März die Städte Sachsens und Mitteldeutschlands zu Wohnungsbesichtigungen bereisen. Wie an zuständiger Stelle authentisch verlautet, hat diese Inspektionsreise den Zweck, Material für ein Reichswohnungsgesetz zu erlangen.

— Zu einer Mitteilung der Deutschen Zeitung, daß das Zentrum nur gegen Bewilligung von Reichstagsdiäten für eine Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags eintreten werde, erklärt die Germania, daß das Zentrum Diäten allerdings als dringend notwendig für einen beschlußfähigen Reichstag fordert, aber sich mit Plänen zur Aenderung der Geschäftsordnung in keiner Beziehung trage, weil die Obstruktion niemals unmöglich gemacht werden könne. Die Meldung der Deutschen Zeitung gehöre in das Gebiet der Phantasie.

Eine halbe Stunde Redezeit möchte die Köln. Ztg. für die Reichstagsredner festgesetzt wissen, um der Obstruktion zu begegnen. Das Haus solle befragt werden, wenn ein Redner länger spreche, ob es ihn noch hören wolle. Was nicht den Leuten alles einfällt, die den Zolltarif gern durch hätten! Natürlich bleibt der Vorschlag ein frommer Wunsch.

Stramme Disziplin. Als im Reichstage zuerst die bekannte Angelegenheit der 12 000 M. zur Sprache kam, suchte v. Woedtke den Grafen Posadowsky auf, um ihn zu fragen, weshalb er ihn nicht verteidigt habe, da doch alles, was er getan, nur auf Anweisung seines Vorgesetzten geschehen sei. **„Weshalb?"** erwiderte Graf Posadowsky, **„dann hätte ich ja gehen müssen".** So hat Herr v. Woedtke, wie die Voss. Ztg. erzählt, selbst seinen Freunden berichtet. — Gehorsam ist des Christen Schmuck. Ein guter Beamter muß allzeit bereit sein, die Sünden seines Vorgesetzten auf sich zu nehmen. Posadowsky scheint freilich der Disziplin Woedtkes doch nicht ganz getraut zu haben, sonst hätte er ihn wohl nicht dem Reichstage so ängstlich ferngehalten.

Eine Ohrfeige für — Preußen. Im bayrischen Abgeordnetenhause hat am Sonnabend der Minister v. Feilitzsch geäußert: „Was die Anfrage anlangt, ob auch in Bayern etwa ein Mann, welcher wegen politischer Vergehen angeklagt ist, gefesselt zum Gericht geführt und wieder in das Gefängnis zurückgebracht werden könne, so kann ich darauf erklären, daß ich mir keinen Fall denken kann, in welchem eine solche Fesselung in Bayern jemals stattgefunden hat oder auch künftig stattfinden könnte." — Genosse Bredenbeck mag bitter bedauern, daß Herford und Dortmund nicht in Bayern liegen.

Beim Wort genommen wird der preußische Polizeiminister durch den Vorwärts. Da Herr v. Hammerstein nach seiner Erklärung im Landtage nichts dagegen hat, wenn Frauen den Versammlungen politischer Vereine beiwohnen, vorausgesetzt, daß sie nicht thätig an den Verhandlungen teilnehmen und sich nicht mit den Männern „vermischen", so fordert der Vorwärts die Berliner Parteigenossen auf, zu den nächsten Vereinsversammlungen Frauen ausdrücklich einzuladen und ihnen einen gesonderten Raum, etwa die Galerien, anzuweisen. Da gleiches Recht für alle in Preußen gilt, so werde der Polizeipräsident nichts einzuwenden haben und ein freilich sehr kleiner Fortschritt auf dem Wege zur politischen Gleichberechtigung der Frau sei erzielt.

Eine Werbung und eine Absage. Zu einer Versammlung des Bundes der Landwirte zu Bonn hielt der Direktor des Bundes Dr. Diederich Hahn hören: „Es werde bei einer Reichstagsauflösung nicht gelingen, Zwiespalt zu säen zwischen Zentrum und Bund der Landwirte. Dieser werde besonders im Rheinlande zeigen, welch starke Stütze er dem Zentrum sein könne. Die Dummheiten, die von einigen Bundeswanderrednern gemacht seien, könnten dem guten Verhältnis keinen Abbruch thun. Das große Programm des Bundes sei maßgebend, und hierin fehle der Beweis, daß man sich in Gegensatz zum Zentrum stelle. Bei Neuwahlen werde es dahin kommen, daß der Bund mit dem Zentrum Hand in Hand gehe; wenn dabei die eine oder andere Persönlichkeit auf der Strecke bleibe, so werde das wohl nicht bedauert werden. Vortrefflich werde sich der Bund auch mit dem Rheinischen Bauernverein vertragen; er habe nicht die Absicht, irgend etwas gegen ihn zu thun. Der Bund der Landwirte denke nicht daran, dem Rheinischen Bauernverein ins Gehege zu kommen, er wolle nur eine Mission zum Vorteil dieses Vereins hier ausüben. Der Bund wolle die Landbevölkerung aufklären, daß die Entscheidung nicht in Pertinenzen und in schönen Worten, sondern in den Wahlen liege."

So warb der Hahn um die Liebe des Zentrums.

Die Antwort darauf erteilte ihm am Dienstag der Zentrumsabgeordnete Hirsch im preußischen Abgeordnetenhause mit folgenden Worten:

„Das Zentrum ist nicht, wie der Bund der Landwirte, nur aus Landwirten zusammengesetzt, sondern vertritt die Interessen der verschiedenartigsten wirtschaftlichen Klassen. Trotzdem bestehen innerhalb der Zentrumspartei, abgesehen von kleinen Zwergpunkten, keinerlei Verschiedenheiten in der wirtschaftlichen Auffassung. Es ist also ein vergebliches Bemühen des Dr. Hahn, solche Unterschiede innerhalb unserer Fraktion konstruieren zu wollen. Auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte sind Verse aus Luthers Lied „Ein feste Burg ist unser Gott" singen worden, so die Worte: „Der alte böse Feind, mit Ernst er's jetzt meint" usw. Wenn Sie (zum Abg. Dr. Hahn) einmal wieder in die rheinischen Zentrumskreise kommen, so singen Sie doch Ihren Jubrern das ganze Luthertlied vor; Sie werden ja sehen, welchen Eindruck Sie damit machen. (Heiterkeit im Zentrum.) Die rheinischen Landwirte kennen zum Bunde der Landwirte kein Vertrauen haben. In der Rheinprovinz ist das Zentrum, unterstützt durch die Bauernvereine, vollständig ausreichend, um auch die landwirtschaftlichen Interessen dieser Landesteile zu vertreten. (Zustimmung im Zentrum.) Das Zentrum sorgt besser für das Wohl der Landwirtschaft als der Bund. Man kann vielleicht auch von einem Sturm des Bundes der Landwirte auf den Zentrumsturm im Rheinlande sprechen, wohl aber scheint es sich um eine Art Minierarbeit zu handeln. Wir werden dafür sorgen, daß diese Minierarbeit nicht zu ihrem Ziele kommt!" (Beifall im Zentrum.)

Schmackhafter ist wohl selten ein liebegirrender Hahn angebettelt!

Das neueste vom Heros der Antisemiten. Der Vorwärts berichtet launig: Der Teutonen-Antisemit Graf Pückler aus Klein-Tschirne sieht — Ratten! Wir berichteten schon vor einiger Zeit von blutigen Halluzinationen dieses tollen Junkers; in einer von Pückler am Montag abgehaltenen Versammlung vervollständigte sich der Symptomenkomplex desselben noch: er sieht Ratten, der Bedauernswerte — Ratten! Unter dem Vorwand, einen Vortrag über das Thema: „Landvolk, werde hart!" halten zu wollen, fing er an zu delirieren. Minutenlang polterten die Sätze wie ein Wirbelwind in den Saal hinein, so daß man nur mit gespannter Aufmerksamkeit folgen konnte, dann verfiel der Redner mit einem Ruck scheinbar in Schwermut, um bei ausgestreckten Armen und verdrehten Augen in langen Intervallen mit Pathos dröhnend zu mahnen: „Landvolk, . . . werde hart!" Seine Ausführungen galten anfangs den roten und goldenen Ratten (Sozialdemokraten, Juden), deren vollständige Ausrottung er vom Kaiser fordert. „Deutscher Kaiser! Sei hart gegen die Ratten, namentlich gegen die goldenen. Schon hat es „12 geschlagen, um 12 Uhr geht das Reich zu Grunde. Willst Du warten, bis es noch mehr Judengenossen giebt? Siehst Du nicht, wie Deine Beamten und Offiziere von den Juden geschunden werden bis aufs Blut? Die Höflinge sind Judengenossen und Jammerlappen, wie auch die Behörden und Gerichte längst unter dem Einfluß der Juden stehen. (Tosender Beifall.) Ich hätte für mein forsches Auftreten gegen das Judenpack eher einen hohen Orden verdient, als eine Verwarnung. (Bravo!) Der König sollte die Behörden veranlassen, Spitzbuben und anderes Gesindel zu verhaften, aber den unschuldigen Puckler unbehelligt zu lassen. Sollte ich wieder einmal ein **Polizeiverbot** herausnehmen, mich verhaften zu wollen, **schieße ich ihm eine Portion Schrot in den Bauch.** Landgraf — Landgraf — Landgraf! Du gehst einem dunklen Schicksal entgegen! Es wird endlich Zeit, daß die Juriten Buße thun im Sack und in der Asche. Wir aber müssen endlich einmal anfangen, auf die Judenbande wirklich loszugehen. Wenn Euch auf dem Heimwege schwarzlockige Jünglinge und Damen begegnen, tretet auf sie zu und gebt ihnen — patsch, patsch — rechts und links ein paar Ohrfeigen, hebt dann den Fuß und versetzt den Schwarzgelockten noch einen tüchtigen Fußtritt. Auf diese Weise muß der Anfang gemacht werden. (Mit Pathos): Mein Vaterland, wache auf!" (Tosender Beifall.) Der überwachende Polizeileutnant hielt den Narren offenbar für ungefährlich; er notierte zwar hin und wieder einige „Blumen", verzog aber sonst keine Miene.

Und da klagen die Sozialdemokraten über mangelnde Redefreiheit in Deutschland!

wx. **Der Bürgermeister und das Wahlrecht.** In dem Städtchen Uerdingen a. Rh. im Landkreise Krefeld waren bei der Stadtverordnetenwahl im November vorigen Jahres Unregelmäßigkeiten vorgekommen und zwar zum Nachteil der Zentrumspartei, so daß die Führer dieser Partei Protest gegen die Wahl erhoben. Die nationalliberale Partei ist dominierend in dem aufstrebenden Industriestädtchen, und hat mit Ausnahme von zweien, sämtliche Stadtverordneten-Mandate inne. In einem Punkte sind sich auch in Uerdingen die beiden Parteien, die sich sonst grimmig befehden, einig: nämlich in ihrem Haß gegen die Arbeiterbewegung. Organisierte Arbeiter werden in den Betrieben nicht geduldet. Bei jener Wahl waren nun die bekannten Mittel, Freibier, der Wahl mit der Entlassung usw. angewendet worden. Außerdem hatte ein Wähler von einem Stimmzettelverteiler eine Mark erhalten für die Zusage, liberal zu wählen. Interessant war die Thatsache, daß bei einem Wirt 2000 Biermarken von den Führern der nationalliberalen Partei zum Zweck der Verteilung an die Wähler gekauft worden waren. Einem Wähler war nun passiert, daß er bei der Stimmabgabe nicht die Namen der liberalen Kandidaten genannt. Nach Verlauf von vielleicht 10 Minuten kam der Mann zurück, nachdem er darauf aufmerksam gemacht worden war, und erklärte, er habe sich geirrt, denn er habe die liberalen Kandidaten wählen wollen. Der Wahlvorsteher ließ ihn wieder wählen und erklärte die zuletzt abgegebenen Stimmen als gültig. Ueber den Protest der Zentrumspartei wurde in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt und die Wahlen, trotz der Unregelmäßigkeiten, für gültig erklärt. Charakteristisch war, was der Bürgermeister über den letzteren Fall sagte. Er führte aus: „Was nun den im Protest dargestellten Fall betrifft, der nach 5 bis 7 Minuten seine Stimmabgabe änderte, so ist die darin erwähnte Sache zwar richtig, aber der Wahlvorstand hat nach meinem Dafürhalten richtig verfahren, denn er ist dazu da, das gelten zu lassen, was der einzelne Wähler, als seine Stimme gelten lassen will. Wenn also ein Wähler kommt und giebt seine Stimme ab, berichtigt sie aber später wieder, so hat der Wahlvorstand das gelten zu lassen. Das ist nach meinem Dafürhalten geschehen."

Der Bürgermeister begründete durch seine Ansicht in sehr ausführlicher Weise. Auf die Anfrage eines Stadtverordneten, wie die Sache sich gestalten würde, wenn jeder Wähler käme und wollte seine Stimme umändern, antwortete der Bürgermeister: „Das sind akademische Fragen. Wenn ein Wähler nach der Stimmabgabe kommt und sagt, **ich habe mich geirrt,** ich wähle jetzt den, und er käme nach kurzer Zeit **zum dritten Male** und sagt, ich habe mich wieder geirrt, so handelt es sich lediglich darum, ob anzunehmen ist, daß er sich wieder geirrt hat."

Ob die Zentrumspartei sich bei der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung beruhigen wird, wissen wir nicht, die Ansicht des Bürgermeisters über das Wahlrecht ist aber so eigenartig, daß es gut wäre, wenn die Sache weiter verfolgt würde.

Oesterreich-Ungarn.

Die Korruptionsaffaire der Stadt Wien. Herr Bürgermeister Lueger hat seinem Ruhmeskranze ein neues Blatt angeheftet. Widerlegt hat er die Anklage, die die Wiener Fr. Presse wegen des verseuchten Pottschacher Brunnens der Wiener Wasserleitung erhoben hat, noch nicht — aber unter Hinweis auf die in ausländischen Blättern erschienenen Korrespondenzen über die Affäre meinte er in der Gemeinderatssitzung, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung müsse man an die öffentlichen Gewalten des Staates appellieren, Wandel zu schaffen. Kein Staat würde solche Korrespondenten länger als 24 Stunden innerhalb der Mauern seiner Hauptstadt dulden.

Die angeblichen „Anarchisten", auf die sich der österreichische Ministerpräsident berief, als die vorgeblichen Urheber der Unruhen in Triest, sind wieder freigelassen worden, und die gerichtliche Untersuchung gegen sie ist eingestellt. Die Wahrheit ist die denkbar schärfste Antwort, die die Polizeirede des Ministerpräsidenten finden konnte. Der Triester Statthalter muß sich sagt, so meint die Wiener Arbeiterzeitung, nach anderen Zeugen umschauen, wenn er mit seinem Märchen von den „dunklen Elementen" nicht gänzlich ausgelacht werden will.

Die Wiener Genossen haben Sonntag in sieben Massen-Versammlungen den Triester Arbeitern ihre Sympathie bekundet gegen die reaktionäre Ausnahmezustandspolitik Körbers nachmals protestiert und die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert.

Italien.

Die Ministerkrisis ist noch nicht beendet — es ist eben schwer, eine Lösung zu finden, die dem neuen Kabinett eine Mehrheit sichert. Zanardelli hat aus seiner bisherigen Mehrheit zwei Kategorien von Abgeordneten verloren. Die Abgeordneten Süditaliens und die Sozialisten haben seine Fahnen verlassen, aus sehr verschiedenen Beweggründen. Die Süditaliener erbitterte es, daß der Arbeitsminister Giolitti aus dem Kabinett ausscheiden mußte, ein Mann der für die wirtschaftliche Hebung des Südens energisch mit praktischen Mitteln eintrat, aber in der allgemeinen Politik sich den auch liberalen Bestrebungen des Gesamtministeriums nicht anschließen und nicht einmal der Silbentreue des Ehescheidungsgesetzes — übrigens ein Wunder von Halbheit und Zaghaftigkeit — mit vertreten wollte, „weil der Herr Pfarrer und die Frauen dagegen sind".

Die Gründe der Sozialisten zeigt ihr Manifest, das wir Dienstag veröffentlichten. Entweder muß also Zanardelli rechts oder links gehen, wenn er eine dieser verlorenen Gruppen wieder haben will. Es wird behauptet, er sei bereit, ein „demokratisches" Ministerium zu bilden, unter der Bedingung, daß es zur Auflösung der Kammer und Ausschreibung der Neuwahlen ermächtigt werde.

Die Streikbewegung greift indessen weiter um sich. In Florenz traten die Eisenbahner in den Ausstand. Großen Eindruck macht die Thatsache, daß auch die militärischen Eisenbahner streiken. Eine Versammlung der Vertreter der Mailänder Arbeiterkammer, der 40 000 Arbeiter angehören, erklärte die vollständige Solidarität mit den streikenden Eisenbahnern. Eine nach Monza berufene Versammlung der Eisenbahner der Haupt- und Sekundärbahnen erklärt ihr Vertrauen in die Erklärungen des Mailänder Zentralkomitees.

Andere Meldungen behaupten, das zum Militär einberufene Bahnpersonal sei, da es sowohl für den Eisenbahndienst, als auch für den Militärdienst bezahlt werde, vollständig zufrieden und thue seinen Dienst mit völliger Regelmäßigkeit. Der Güterverkehr sei in ganz Italien völlig normal.

Wie das Blatt Farfulla aus Turin meldet, wurde der sozialistische Abgeordnete Morgari verhaftet.

Die Blätter der liberalen Opposition loben die Regierung wegen ihrer energischen Maßregeln gegen die Turiner Streikbewegung.

England.

Die neue imperialistische liberale Partei Roseberys ist gegründet. Die liberalen Imperialisten sind jedoch so schlau, die übrigen Liberalen nicht von der Verantwortung für ihre, der Imperialisten, Thaten zu befreien, sie ziehen es vor, weiter in der liberalen Partei ein Element der Verwirrung zu sein. Sie haben sich eine besondere Organisation und bleiben zugleich in der allgemeinen liberalen Organisation. So ist folgendes Telegramm aus London zu verstehen: Wie verlautet, haben die imperialistischen Liberalen nicht die Absicht, sich von der liberalen Partei zu trennen, sondern sie werden mit den übrigen Mitgliedern der Opposition vorgehen, und zwar auf der Grundlage des von Lord Rosebery in seiner Rede in Chesterfield entwickelten Programms. Zum Zwecke einer besseren Organisation der Partei und ihrer weiteren Entwickelung ist unter dem Namen „Liberale Partei" eine Vereinigung gebildet worden, deren Vorsitzender Lord Rosebery ist und deren Vizepräsidenten Asquith, Sir Henry Fowler und Sir Ed. Grey sind.

Zur Sicherung des Koalitionsrechtes. Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschafts-Kongresses beschloß eine Novelle zum Trades Unionsgesetze einzubringen. Nach einem Zirkular von Mr. Tom Woods soll die Novelle nach den Osterfeiertagen dem Parlament zugehen. Sie lautet:

„Werden von einem Beamten, Diener oder Agenten einer Trades-Union zwecks Förderung eines Streiks, Lock-outs oder irgend eines industriellen Konflikts zwischen Unternehmern und Arbeitern ungesetzliche Handlungen begangen, so darf der gerichtliche Prozeß oder das gerichtliche Verfahren nicht gegen die Trades-Union oder gegen die Personen, die ihre Beamten oder Vertreter sind, gerichtet sein, es sei denn, daß die Leitung der Trades-Union nachweislich den Beamten, Diener oder Agenten zu den ungesetzlichen Handlungen ausdrücklich autorisiert hat."

Die Novelle ist gegen den bekannten Entscheid der Lordrichter in Sachen der Taffvalebahn vom 22. Juli 1901 gerichtet, der da lautete:

„Eine Gewerkschaft ist korporativ für die Handlungen ihrer Beamten verantwortlich; sie ist klagbar und mit ihren Fonds für alle rechtlichen Ansprüche haftbar."

Das Zirkular von Mr. Woods teilt ferner mit, daß die Novelle von folgenden Abgeordneten unterstützt werden wird: Atherley-Jones (Sohn des bekannten Chartisten Ernest Jones), W. Abraham (südwalisischer Bergarbeitervertreter mit dem Beinamen „Mabon"), R. Bell (Generalsekretär der Eisenbahner), J. Burt (Sekretär der Bergarbeiter von Northumberland), Sir Charles Dilke, P. Pickard (Sekretär der Bergarbeiter von Yorkshire) und noch einigen liberalen Parlamentariern. Die Namen von John Burns und Keir Hardie fehlen.

Spanien.

Die Opfer der Unruhen. Die Blätter machen auf den Umstand aufmerksam, daß in der Streikwoche über 100 Todesfälle und nur 75 Geburten in Barcelona registriert worden sind. Der Generalkapitän wird von allen Seiten wegen der schnellen Unterdrückung der Unruhen beglückwünscht. Die Gefängnisse sind derartig überfüllt, daß niemand mehr hineingeht. Der Gesamtschaden der Unruhen wird auf 50 Millionen geschätzt.

Barcelona soll im übrigen wieder normales Aussehen zeigen — wenn die offiziöse Nachricht nicht lügt. Die Metallarbeiter setzen zwar den Ausstand noch fort, aber der größte Teil der anderen Arbeiter kehrte zur Arbeit zurück. Die verstärkte Garnison hält die Fabriken besetzt und verhindert Gewaltthaten. Auch in Madrid und Sevilla ist der Ausstand geschlichtet.

Süd-Afrika.

Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern
in graphischer Vergleichung.

Der Wochenbericht Kitcheners stellt fest, daß die Verluste der Buren während der letzten acht Tage betrugen: 28 Tote, 12 Verwundete, 219 Gefangene. 161 Buren ergaben sich. Kitchener meldet weiter, daß die Kapkolonie von den Buren ziemlich gesäubert sei. Eine neue Kombination englischer Kolonnen gegen De Wet im Oranjestaat sei im Anmarsch. Die englischen Verluste in letzter Woche betrugen: **46 Tote, 99 Verwundete, 21 Gefangene, 126 an Krankheit Verstorbene.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020227/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wieder ein gelungener Durchbruch. 600 Buren vom Süden, die eine Herde Vieh vor sich hertrieben, versuchten am 23. Februar des Nachts auf der rechten Seite der Vorposten des Obersten Byng die Blockhauslinie Frankfort–Vrede genau in der Richtung auf Bethlehem durchzubrechen, wo Burg Fühling mit Armington's linker Flanke hat. Einer Anzahl von Buren gelang der Durchbruch, nachdem sie alles zurückgelassen hatten. Die Buren standen unter Albert Rott, den zwei Boshas und einigen Transvaalern. Den Hauptmann hatten die Neuseeländer auszuhalten; sie kämpften mit großer Tapferkeit und traten den Buren erfolgreich entgegen, erlitten aber schwere Verluste. Die Buren verloren 15 Tote und 6 Gefangene; 70 Pferde wurden getötet, 100 Pferde und 600 Stück Vieh erbeutet.

Nord-Amerika.

Der Höhepunkt der Reise Prinz Heinrichs ist erreicht — Miss Alice hat den „Meteor" getauft. Alles verlief programmmäßig, die Yankees sind nach den Berichten fürchterlich begeistert, nur können sie sich die Unart nicht abgewöhnen, den Prinzen und den Kaiser einfach mit Sie anzureden. Na, sie werden sich schon noch zivilisieren.

Parteiangelegenheiten.

Die Freuden eines sozialdemokratischen Redakteurs wird Genosse Kluge von der Breslauer Volkswacht bis auf die Neige auskosten müssen. Nicht sechs Monate und sechs Wochen, wie nur melden, sondern acht Monate haben Ihm die von uns gemeldeten Prozesse gebracht, außerdem hatte er noch einen Monat in petto, so daß er drei Vierteljahre zu verbüßen hat.

Die „Gewerbsmäßigkeit" der Arbeiter-Sekretariate. Die bekannte Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky hat schon Gewirr. Gen. Wimmer hatte am Dienstag vor dem Landgericht in Beuthen zwei Verhandlungen. Es handelte sich in Sekretariatsangelegenheiten um zwei Verurteilungen vor dem Schöffengericht. Die Staatsanwaltschaft beantragte nunmehr selbst die Freisprechung, weil von einer Selbständigkeit des Arbeitersekretariats nicht die Rede sein könne.

Das Gericht machte den Rückzug des Staatsanwalts nicht mit, sondern beschloß Vertagung. Es sollen an der Hand der Stenogramme der einschlägigen Reichstagsverhandlungen die Entstehung und der Zweck des § 35 der G.-O., soweit er sich auf Rechtsschutzerteilung bezieht, festgestellt werden.

Vermischtes.

Fleckhauer-Industrie. Der „Fleckhauer" Rieger von Irchenbrunn, seiner Zeit der Mitangeklagte Kneißls, verwertet „seinen Fall" industriell, indem er sich Autogrammkarten mit seinem Brustbilde und der Abbildung seines Hauses hat machen lassen, welche er verkauft. Auch in Augsburg hat er verschiedene solcher Karten abgesetzt, doch wurde ihm hier der zu solchem Geschäftsbetrieb erforderliche Hausierschein versagt. Der „Fleckhauer" hat übrigens die Stechheit gehabt, in der Frauenwelt (dem Untersuchungsgefängnis), deren Mauern ihn solange gastlich und sicher umschlossen, den Aufsichtsbeamten seine Aufsichtskarten zu offerieren. In echt fleckhauerischer Bescheidenheit tritt das massige Haupt des Biedermanns auf seiner Industriekarte ganz besonders hervor. — Auch beim Begräbnis Kneißls hat der Mann seine Karten ausgeboten.

Abenteuer mit Wölfen. Einem Eisenbahnbeamten aus Stockholm, der die nordländische Stammbahn unweit der finnländischen Grenze zu inspizieren hat, widerfuhr kürzlich das Abenteuer, auf einer längeren Informationstour in der Umgegend von Gelivara mit einem Rudel Wölfe zusammen zu treffen. Die Begegnung hatte im Zuge, daß der Beamte, der sich einer einfachen Draisine bediente, wie sie von Bahnwärtern und Weichenstellern benutzt zu werden pflegt, mit der Räuberrotte einen Wettlauf in Szene setzte. Nach langwieriger Jagd, bei der dem verfolgten Beamten hauptsächlich die starke Senkung des Bahngeleises als rettende Chance zu statten kam, erreichte der Stockholmer mit seinem dahinsausenden Gefährt ein einsames Wärterhäuschen. Glücklicherweise befand sich der Inhaber des letzteren gerade in der Nähe und bemerkte schon beim Herannahen der Draisine, um was es sich handelte. In schneller Geistesgegenwart riß der Wärter sein Jagdgewehr vom Nagel und streckte den Leinwolf in den Schnee, während der Draisineinmann mehr tot als lebendig bei dem Wärterhäuschen anlangte. Erst nachdem zwei weitere Grauröcke je mit einem Blattschuß, aus des Wärters Büchse quittiert hatten, fand es die übrige Rotte für angezeigt, das Spiel verloren zu geben. Der gerettete Stockholmer Ingenieur befand sich mittlerweile in einer derartigen Verfassung, daß er von den Insassen der Wärterwohnung ins Haus getragen werden mußte, wo er sich erst nach mehreren Tagen von dem ausgestandenen Schrecken zu erholen vermochte.

Gelesene Nummern der Sächs. Arbeiter-Zeitung werden nicht weggeworfen sondern an Freunde, Bekannte und Nachbarn weitergegeben, behufs Gewinnung neuer Abonnenten.

Papierbranche
(Deutscher Buchbinder-Verband).
Sonnabend den 1. März 1902
abends 9 Uhr
Versammlung
in Helkau's zum Hirschfeld. Tagesordnung:
1. Wie stellen wir uns zur Stuttgarter Einigungs-Konferenz?
2. Gewerkschaftliches.
In jedem Punkt Debatte.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Der Einberufer.

Volksbildungs-Verein Plauenscher Grund.
Sonnabend den 1. März 1902
abends ½9 Uhr
Vereins-Abend
im Deutschen Haus, Potschappel.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn R. Lebius über: Schiller und seine Zeit.
2. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch wünscht
Der Vorstand.

„Eintracht"
Moritzstrasse 11, I. Etg.
Grösstes vegetarisches Speisehaus am Platze
empfiehlt sich einem geehrten naturgemäss lebenden Publikum.

Rotationsdruck. Stereotypie.
Die
Buchdruckerei
von
Kaden & Comp.
22 Zwingerstraße Dresden Zwingerstraße 22
empfiehlt sich
zur Herstellung aller Druckarbeiten.
Prompte Bedienung. — Zivile Preise.
Telephon Amt I, Nr. 1769.

Verein für Volksbildung
Amalienstr. 12, I.
Sonnabend den 1. März 1902
abends 9 Uhr
Vortrag:
„Die Tendenz-Poesie in Deutschland."
Ref.: Herr Dr. Stresemann.
Gäste willkommen.
Sonntag den 2. März
Grosser Familienabend
ausgeführt vom Zitherklub.

12 Thee-Sanitäts-Bonbons
½ Pfund nur 20 Pf.
ist das beste Genußmittel bei
Husten u. Heiserkeit
da mit zwölf Kräutern bezw. Extrakten präpariert.
Zu haben beim
Chocolad.-Hering.

Kinderwagen in vornehmster Ausführung erstaunlich billig **Löbtau**, Pottrosse 8. **Gottlebe.**

Gut erhaltene gebrauchte Möbel!
Hübsches kleines Sofa 15 M., bequemer Rohrstuhl 15 M., Bettstelle mit Federmatr. 18 M., Ausziehtisch für 24 Pers. 20 M., Echter Schreibsekretär 35 M., feine Plüschgarnitur 30 M., Zteil. Kirschbaum-Vitr. 30 M., hochelg. Salongarnitur 75 M. usw. zu verkaufen Schäfergasse 21, I. Et.

Platz-Inspektor
wird von Verf.-Akt.-Ges. (Sicher Ansteuer-Branche) mit festen Bezügen und Platzspesen gesucht. Offerten, die diskret behandelt werden, unter J. 6757 b an Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden, zur Beförderung erbeten.

Zum Mitbewohnen
eines möbl. freundlichen Zimmers wird ein anständiger Herr gesucht. Preis pro Woche incl. Kaffee 3,50 M. Palmstraße 1, 2. Etage.

Trachau, Mickiener Str. 10
Wohnung zu vermieten.

Dank.
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, sowie für den herrlichen Blumenschmuck beim Begräbnis meines lieben Mannes, des Steinmetzen Bruno Lehmann, sage ich hierdurch Allen meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe nebst Tochter.

Dank.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode meines lieben Mannes
Robert Alfred Fiehtner
insbesondere den Arbeitern der Firma annalt für das Tragen zur letzten Ruhestätte.
Antonie verw. Fiehtner nebst Verwandten.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!
Zwei Projektions-Lichtbilder-Vorträge
ausgeführt von dem rühmlichst bekannten Direktor der Trewtower Sternwarte Herrn **P. S. Archenhold**
Freitag den 28. Februar im **Deutschen Haus, Potschappel** über: **Rückblick auf die Astronomie des 19. Jahrhunderts.**
Sonnabend den 1. März im **Trianon**, Schützenplatz u. Ostraallee über: **Moderne Fernrohre und ihre Leistungen.**
Karten sind im Verbandsbureau, Christianstraße 14, in **Potschappel** bei Otto Wiegand, Buchhandlung, Marktstraße, in **Pieschen** bei M. Haack, Bürgerstr. 38, bei allen Beitragskassierern u. in den Zahlstellen zu entnehmen.
Einlaß halb 8 Uhr.
Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie deren Frauen zahlen nur 10 Pf., Nichtmitglieder 25 Pf. Eintritt. Mitglieder haben am Saaleingang ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Wer sein Buch nicht mit hat, zahlt 25 Pf.

Am Anfang des Jahrhunderts.
Heft 1. Kulturelle Umwälzungen von Dr. Borchardt.
„ 2. Die Entwickelungslehre von Wilh. Bölsche.
„ 3. Die soziale Gesetzgebung von Paul Hirsch.
„ 4. Der Militarismus von Karl Bleibtreu.
„ 5. Die Kirche von Paul Göhre.
„ 6. Die Weltwirtschaft von Rich. Calwer.
„ 7. Nationalismus und Internationalismus von Dr. Ladislaus Gumplowicz.
„ 8. Die Naturgeschichte von Dr. Kurt Grottewitz.
„ 9. Die hygienische Kultur von Dr. Alfr. Grotjahn.
„ 10. Die Medizin von Dr. Ignaz Zadek.
„ 11. Liebe und Liebesleben von Dr. Ernst Gystrow.
„ 12. Die Prostitution von Dr. Alfred Blaschko.
Jedes Heft 30 Pfg. (Porto 5 Pfg.)
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung**, Zwingerstraße 22.

Consum-Verein „Vorwärts".
Als ganz besonders **preiswert** empfehlen wir
Gebrannten Kaffee
Pfund **92** Pf.

Nur noch kurze Zeit in Dresden!
Circus M. Schumann
Dresden-Löbtau.
Freitag den 28. Februar, abends 8 Uhr
Grosser Lach-Abend.
Benefiz des hier so beliebten und bekannten Original-Clowns **Wrobello.**
Witz! Frohe Laune! Humor!
Mehrmaliges Auftreten des Benefizianten in seinen neuen urkomischen Entrees.
Extragroßes Programm, bestehend aus 10 der besten Nummern und der Wasserpantomime: **Auf Helgoland. Circus unter Wasser.** Letztes Auftreten der vorzüglichen **George Bonhair-Truppe.** Auftreten des Meisterschaftsringers und Schwergewichts-Athleten Herrn **Wilh. Bissner.** Auftreten aller Clowns u. dummen Auguste.
Sonnabend den 1. März, abends 8 Uhr
Ehrenabend des Direktors **Max Schumann.**
Das schönste Programm der Saison!

Achtung! Leuben und Umg.
Bestellungen auf die Sächsische Arbeiter-Zeitung, Volksfreund, Jakob, Postillon u. Glühlichter, sowie jede Fach- und Partei-Literatur, Mode-Zeitungen usw. nimmt jederzeit entgegen
Ernst Ettling
Buchhandlung
Leuben b. Dresden, Bahnhofstraße 17.

Neustädter Butter-Haus
empfiehlt ganz frische
Eier, à Stück nur 4 Pf. Mandel 58 Pf.
Schweizerbutter, ½ Pfd.-St. 55 Pf.
nur 2 Oppelstrasse 2 bei
Butter-Adam.

Achtung! Parteigenossen!
Kauft eure
Stiefel u. Schuhwaren alle beim Genossen
Michel, Rosenstr. 3.
Da kauft man, wie bekannt, gut und billig.

Radfahrer!
Die sicherste Bremse am **Fahrrad** ist die neue **Freilauf-Bremsnabe** (Patent), Modell 1902. An jedem Rade anzubringen.
Verlangen Sie hierüber Prospekt.
P. Schmelzer, Mechaniker, Ziegelstr. 19. Telephon Amt I, 4640.

Restaurant zur Post
Pieschen, Bürgerstraße Nr. 36
Max Fugmann
empf. seine gerräumigen Lokalitäten einer geneigten Beachtung.
Gut. Bier und Weine. — Reichhaltige Küche.
Jeden Freitag:
Schweineschlachten.

Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler. Am See 11.

Getr. Herren-Kleider verk. zu bill. Preis. **Eibler**, Trchg. 5, III.

Männer-
Hemden in Barchent 1.00—2.50
do. „ Normal 0.80—1.00
do. „ weiß . . 1.10—2.50
Unterhosen . . . . 0.80—1.00
Unterjacken . . . . 0.90—2.50
Aermelwesten . . 1.50—9.50
Socken . . . . . 0.25—1.20
do. handgestrickt 1.50
Ernst Klaar
Liliengasse 25, Eing. Jüdenstraße.

Holländische Blätter-Tabake
billig bei **G. Führer**
Neugasse 30.

Gänsefett à Pfund 1 Mark
Ganzes Gänseklein 65 Pf.
Geteilte Gänse sehr billig
bei
Rosa Patzofsky
Webergasse.

Zigarrenmacher!
Präparierte Rippen-Einlage, wollig wie Tabak, prachtvolle Ware, das Pfund 25 Pf., haben abzugeben und versenden zur Probe Postkolli unter Nachnahme.
Guenther & Co., Dresden-A. 19.

Eleg. **Kinderwagen** wegen Umzug wenig gebraucht zu verkaufen. Liliengasse 1, II.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Riem, Dresden.
Für das Feuilleton: Dr. Gustav Morgenstern, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.
Hierzu 1 Beilage.

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 47. | Dresden, Donnerstag den 27. Februar 1902. | 13. Jahrgang.

Hammersteinereien.

Acht Tag der Debatte über den Etat des Innern vergeht im preußischen Abgeordnetenhause, ohne daß der neue Polizeiminister eine neue — wagen wir vorsichtig: Hammersteinerei — diese Bezeichnung dürfte sich als Gattungsname bald einbürgern — verbricht. Am Dienstag geschah es bei der Polendebatte, wonn die Verhandlungen begannen. Auf eine Anzahl Beschwerden über das Preußentum in den polnischen Landesteilen, die Herr v. Glebocki vorgetragen hatte, gab der Minister eine Erklärung ab. Er verlas sie Blatt für Blatt, und es ist daraus zu schließen, daß sie wohl vorbereitet war. Aus dem Inhalte war das eigentlich nicht anzunehmen, denn wie in eine vorbereitete Rede der Satz von dem Liebesverhältnis des ersten Napoleon zur Gräfin Potocki kommen konnte, bleibt unerfindlich. Die schöne Stelle verdient zitiert zu werden. Sie lautet: „.... Selbst Napoleon I. hat in alten Zeiten, als es noch leichter war, die zerrissenen Fäden des Polenreiches wieder zu knüpfen, nicht daran gedacht, Polen wieder herzustellen, obgleich er ein sehr großes Interesse daran gehabt hätte, zwischen Deutschland und Rußland einen ihm ergebenen Staat zu schieben und er sonst nicht mit neuen Staatenbildungen kargte. Er hat zwar mit Polen und noch mehr mit Polinnen kokettiert (Heiterkeit, Unruhe bei den Polen), ich erinnere nur an die Memoiren der Gräfin Potocki, die ein für die Polen nicht sehr rühmliches Bild bieten, aber einen ernsten Schritt zur Wiederherstellung Polens hat er nicht getan...“ Eine solche Geschmacklosigkeit ist lange nicht aus einem Ministermunde gehört worden. Herr Glebocki gebrauchte später einen schärferen Ausdruck und wurde dafür zur Ordnung gerufen. Er sagte nämlich: Die Aeußerung des Herrn v. Chrzanowski im Reichstage von der „preußischen Pest“ bezog sich lediglich auf den sozialistischen und bakuninischen Geist, der unter der preußischen Herrschaft in die polnischen Provinzen gekommen ist. Es war vielleicht eine Grobheit, aber doch keine Gemeinheit, wie das, was wir heute vom Regierungstisch gehört haben.

Wenn der polnische Abgeordnete in seiner Erwiderung auf Skandalaffären älteren und neueren Datums am preußischen Hofe — es sei nur an die Affäre Kotze erinnert — hingewiesen hätte, seine Polemik hätte auf dem gleichen Niveau mit der des Ministers geistanden. Der scharfe Polenkurs wurde vom Minister mit dem offenen Aufruhr, der angeblich in Polen herrschen soll, begründet. Belege, daß wirklich derartige aufrührerische Gesinnung unter den Polen besteht, brachte Herr v. Hammerstein aber nicht bei.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen einzelner Parteien mit dem Bunde der Landwirte. Die Abfertigung des Bundeshaus durch den Zentrumsmann Mirsch haben wir an anderer Stelle besonders behandelt.

Eine recht lebhafte Polemik setzte dann zwischen der freikonservativen und nationalliberalen Partei ein. Der Abg. Arendt (freiconv.) griff die Abgg. Eynern und Friedberg wegen ihrer Reden gegen den Bund der Landwirte heftig an und die nationalliberalen Abgg. Schmieding und Friedberg ließen sich das natürlich nicht gefallen. Herr Friedberg meinte, das Niveau der freikonservativen Partei sei, seitdem Freiherr v. Zedlitz ihr Führer sei, erheblich gesunken. Diese Aeußerung führte natürlich Herrn v. Zedlitz auf die Tribüne. Er revanchierte sich, indem er die Nationalliberalen die Partei „Drehscheibe“ nannte. Auch mit dem Bund der Landwirte rechnete Herrn Professor Friedberg nochmals ab. Die Bemerkung des Dr. Hahn, daß im Wahlkreise St. Wendel-Ottweiler er ebenso gern den Nationalliberalen wie den Zentrumskandidaten unterstützt haben würde, wenn dieser nur die nötigen Erklärungen abgegeben hätte, nannte Herr Friedberg mit Recht eine Charakterlosigkeit und die Proklamierung des Grundsatzes: „Wer das meiste giebt, der hat mich.“

Daneben war auch vom Zolltarif die Rede. Herr Arendt sagte, am Widerstande der Rechten werde der Zolltarif nicht scheitern und Herr Schmieding meinte, die Konservativen müßten dann nachgeben. Der Zolltarif werde ein gemäßigter sein oder er werde nicht sein.

Auch Mittwoch fehlte die tägliche Hammersteinerei nicht. Als der freisinnige Vereinler Gothein in gut begründeter Rede, mit treffenden Belegen die völlige Unhaltbarkeit der ministeriellen Darstellung der Vorgänge in Greifswald-Grimmen nachgewiesen und den Herrn Minister aufs schärfste provoziert hatte, seine Behauptungen von freisinnigen „Orgien“ und Unflätigkeiten zu beweisen, da kniff der Herr Minister. Er lehnte ganz einfach jedes weitere Eingehen auf diese Affäre ab. Herr Gothein prägte das treffende Wort, als er dem Herrn Minister unter der Heiterkeit der Linken zurief: „Minister ohne Gründe!“

Die Rede Gotheins war auch sonst interessant. Die Aeußerung des Ministers von der Verbrüderung der Sozialdemokratie bezeichnete der freisinnige Herr in seiner Angst vor einer Verwechslung mit der Sozialdemokratie als das stärkste Stück, das er von einem Minister geleistet worden sei; er hatte aber auch Anwandsgefühl genug, seine Verwunderung darüber auszusprechen, weshalb Leute, die aus einfacher Ueberzeugung zur Sozialdemokratie gekommen sind, darum weniger ehrenhaft sein sollten als andere.

Eingehend hatten die Verhandlungen mit einer Fortsetzung des nationalliberal-freikonservativen Zankduetts. Der nationalliberale v. Friedberg bewies, daß eine Partei die eigentliche Regierungspartei sein phrasen sei, viel besser als Konservative und Freikonservative — stets sie doch auf dem Boden des Zolltarifentwurfs. Da die Herren der Rechten auch noch dahin kommen werden, so werden sich die zur feindlichen Brüder von der Landwirtschaft und der Industrie schon wieder vertragen.

Der Abg. Kreitling von der freisinnigen Volkspartei fertigte den Herrn v. Zedlitz für seine recht taktlosen Angriffe auf Eugen Richter ab. Er ging dabei in seinem Freisinnstolz so weit, Eugen Richter für den größten Parlamentarier unserer Zeit zu erklären. Dann kam Herr Kreitling auf die Rohau Versammlungen des bekannten Dreihundertsassen Puckler zu sprechen. Er fragte mit Recht, wie es Sozialdemokraten ergehen würde, wenn sie sich solche Verhandlungen leisteten. Aber anstatt die Polizei auf den unsäubern Charlatan zu hetzen, hatte Herr Kreitling lieber fragen sollen, ob dieser krankhaft erregte Ehrlichkeit vielleicht nicht eines Irrenhauses reif ist. Herr v. Hammerstein erhielt sein Gehalt schließlich noch weiteren unwesentlichen Debatten bewilligt. Da aber die Beratung über den Etat des Innern noch weiterdauert, so können wir uns in den nächsten Tagen noch auf weitere Hammersteinereien gefaßt machen.

5. Verbandstag der Steinsetzer (Pflasterer) u. Berufsg. in Mainz.

(Vom 16. bis 20. Februar.)

Den Verbandsbericht erstattet der Verbandsvorsitzende Knoll-Berlin. In 105 Orten von 130 seien Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erzielt worden. Von den Kassen hatten 86 Proz. Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt, von den Steinsetzern 80 Proz. Redner empfiehlt Tarifgemeinschaften und Ausbau des Unterstützungswesens.

Den Kassenbericht erstattete Scholz-Berlin. Die Ausgaben für den Hallischen Streik veranlassen eine lange Debatte. Der Bericht der Unterstützungskasse wird von Peter-Berlin erstattet. Die Ausgaben belaufen sich auf 19 715,50 M. An Bestand sei vorhanden 6054,90 M. Die Außenstände betragen noch über 3000 M. Beiden Kassierern wird Entlastung erteilt.

Das Referat über „Der Zolltarif-Entwurf und das Steinsetzergewerbe“ hält Genosse Knoll-Berlin. Eine Resolution, die sich gegen den Zolltarifentwurf im allgemeinen und den Zoll auf schwedische Pflastersteine im besonderen ausspricht, fand einstimmige Annahme. Das Referat über „Unsere Taktik bei Lohnbewegungen mit besonderer Berücksichtigung der Streiktaktik“ hält ebenfalls Genosse Knoll. Auch in diesem Punkte wird eine längere Resolution, die sich für tarifliche Verträge ausspricht, angenommen. Eine lange Debatte entspinnt sich beim Punkt: Neuregelung der Beitragspflicht und Statutenberatung. Der Kern der Debatte dreht sich um die Frage, ob Staffelbeiträge oder feste einheitliche Beiträge erhoben werden sollen.

Ein Antrag auf Einführung von Staffelbeiträgen wird mit 54 gegen 21 Stimmen angenommen. Er lautet: „Bei einem Tagesverdienst bis zu 4,50 M. beträgt der einheitliche Beitrag 30 Pf. bei einem Tagesverdienst von über 4,50 M. — 40 Pf. Von diesen Beiträgen müssen 70 Proz. an die Zentralkasse abgeliefert werden, 30 Proz. verbleiben den Filialen. Die bisherigen Extrabeiträge für Streiks und Delegiertensteuer werden aufgehoben, dagegen bleiben die Extrabeiträge für die Sterbeunterstützung und für die lokalen Streikfonds bestehen.

Hierauf folgt die Debatte über die Statutenänderung. Zum Streikreglement wird der alte § 1 durch folgenden neuen § 1 ersetzt: „Im Falle eines Streiks gewährt die Hauptkasse folgende Unterstützungen: Verheiratete pro Woche 12 M., Unverheiratete pro Woche 10 M. Bei Abwehrstreiks treten diese Unterstützungssätze vom ersten Tage, bei Angriffsstreiks vom vierten Tage des Streiks ab in Kraft.“

Betreffs Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung soll der nächste Verbandstag entscheiden.

Zu dem Referate Knolls über: Der Arbeiterschutz im Straßenbau wird eine Resolution angenommen, welche sich für energische Herbeiführung der geforderten Schutzmaßnahmen ausspricht. Bei der Wahl der Verbandsbeamten wird Knoll zum Verbandsvorsitzenden einstimmig wiedergewählt, ebenso die beiden Kassierer Scholz und Peter. Der Sitz des Ausschusses verbleibt in Hamburg, Vorsitzender Wagner. Obmann der Preßkommission ist Hauschild-Berlin. Der nächste Verbandstag findet in Braunschweig statt.

Ein Antrag auf Anstellung eines zweiten Beamten wird abgelehnt. Nachdem noch eine Resolution, die sich gegen die übermäßige Lehrlingszüchterei im Steinsetzergewerbe ausspricht, zur Annahme gelangte, wurde der 5. Verbandstag nach den üblichen Abschieds- und Dankesreden geschlossen.

Parteiangelegenheiten.

Der zweite Gautag der Sozialdemokratie Nordbayerns tagte am Sonntag in der Zentralhalle in Bayreuth. Vertreten waren 41 Orte durch 78 Delegierte, vom Landesvorstand waren die Genossen Seaß und Frank Schmitt anwesend, vom Parteivorstand traf am Sonntag früh Genosse Auer ein. Landtagsabgeordneter Walther-Koburg nahm als Gast an den Verhandlungen teil.

Am Samstag abend fand zur Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten und Entgegennahme des Vorstandsberichtes eine Vorbesprechung der Delegierten statt. Delegierte aus der Provinz beantragten, die Nürnberger Angelegenheit (Ausschluß von vier Genossen) noch am gleichen Abend zu erörtern, von anderer Seite lag der Antrag vor, die Sache an eine Kommission zu verweisen, die den Abg. Schmitt hinzuzuziehen und am anderen Morgen dem Plenum Bericht zu erstatten habe. Es wurde beschlossen, beide Teile anzuhören und in die Erörterung einzutreten. Zwei der Ausgeschlossenen — Herrmann und Eininger — waren als Delegierte anwesend. In langer, bis früh ½2 Uhr währender Diskussion wurde die ganze Angelegenheit durchgekostet. Eine Resolution, die bedauert, daß Nürnberg nicht eine bessere Lösung der Frage fand und erklärt, daß es dem Gautag unmöglich sei, an dem Urteile der Nürnberger Organisation etwas zu ändern, da beide Teile an den bedauerlichen Vorkommnissen schuld seien, die aber den Ausgeschlossenen das Recht zugestehe, sich in anderen Vereinen als Mitglieder aufnehmen zu lassen, wurde abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, der besagt, daß ein aus einer örtlichen Parteiorganisation ausgeschlossener Genosse nicht Mitglied der Parteiorganisation eines anderen Ortes werden kann.

Aus dem Berichte der Vorstandschaft ist zu entnehmen, daß die Gauorganisation in den letzten Berichtsjahren einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen hat. Die Zahl der Vereine hat sich von 36 auf 48 vermehrt. Das Vermögen beträgt 2474,02 M.; nach Berlin wurden im Vorjahre 1000 M. abgeführt. In der Sonntagssitzung wurde der Bericht eingehend diskutiert und dann zur Beratung der Anträge übergegangen. Es wurde beschlossen, ab 1. Januar 1903 statt der bisherigen Mitgliedskarten Mitgliedsbücher einzuführen und hierfür 20 Pf. Eintrittsgeld zu erheben, das zur Hälfte der Lokalkasse, zur anderen Hälfte der Gaukasse zufließt.

Ein Antrag verlangte, die Berichterstattung der Oberfr. Volkszeitung mit der Würzburger Fränk. Tagespost in allerschärfster Zeit zu kritisieren. Würzburg wurde, dem Blatte den neuen Titel: Fränkische Volkstribüne zu geben. Die Berichterstattung wurde im Prinzip beschlossen und der neu zu wählende Gauvorstand wurde beauftragt, mit den beteiligten Faktoren alsbald Unterhandlungen anzuknüpfen.

Die Mandatsprüfungskommission beantragte die Unzulässigkeitserklärung der Mandate der Genossen Herrmann und Eininger, der Gautag erklärte jedoch beide Mandate für gültig.

Ferner wurde beschlossen, zum Zwecke nachhaltiger Landagitation periodisch erscheinende Flugblätter herauszugeben, die in populärer, schlagkräftiger Form auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete Aufklärung geben. Die Beiträge zum Gau sollen in Zwischenräumen von nicht unter einem Quartal in der Parteipresse bekannt gegeben werden.

Zum Schluß wurde beschlossen, den Posten des Gauvorsitzenden nicht mehr mit dem Posten des Nürnberger Parteisekretärs zu verbinden. Der Vorsitzende wird mit 1500 M. jährlich besoldet. Als Vorsitzender wurde Nacht-Nürnberg gewählt.

Bei der Kirchenvorstandswahl in Nürnberg siegte zum Entsetzen aller Rechtsgläubigen die sozialdemokratische Liste. Sie hatten sich, entgegen der sonstigen Gewohnheit, sich um derartige Wahlen nicht zu kümmern, diesmal an der Wahl beteiligt, um eine geplante Kirchensteuer illusorisch zu machen. Sie boten die Gläubigen im Herrn überstimmt und siegten im Sprengel St. Jobst mit 100 gegen 20 Stimmen. — Darob großes Gezeter in der gegnerischen Presse.

Totenliste der Partei. In Velbert verstarb Genosse Fritz Hessenkamp, der seit einem Menschenalter der Partei angehört hat. Er war Expedient der Elberfelder Freien Presse seit dem Bestehen des Blattes.

Die Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter der Provinz Sachsen, die am 1. und 2. Osterfeiertage in Halle abgehalten werden soll, hat folgende Tagesordnung:

1. Die Aufgaben und Forderungen der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen: a) auf redaktionellem Gebiete, b) des Schulwesens, c) der Hygiene, d) des Armen- und Waisenwesens, e) der Steuerpolitik, e) der Verkehrspolitik, f) des Submissionswesens, g) der Arbeiterpolitik, h) des Wohnungswesens, i) Tarifes.
2. Beratung resp. Schaffung eines kommunal Programms.

Parteilitteratur. Auf zahlreiche an sie gerichtete Anfragen teilt die Buchhandlung Vorwärts mit, daß die diesjährige Märzzeitung unter dem Titel Ostern-Zeitung als reich illustrierte

Aus Kunst, Wissenschaft und Leben.

Berliner Brief. Die erste Strecke der elektrischen Hoch- und Untergrundbahn ist in diesen Tagen dem Verkehr übergeben worden. Nachdem die übliche feierliche Eröffnung in Gegenwart etlicher ministerieller, geheimrätlicher und kommunaler Kulturträger mit Festmahl, Kaiserhoch und Ordensverteilung stattgefunden hatte, wurde eine Reihe Besichtigungsfahrten arrangiert bei erhöhten Fahrpreisen und festlicher Beleuchtung der unterirdischen Endstation. Der Ertrag dieser Fahrten sollte der Unterstützungskasse der Angestellten zu gute kommen, aber das Ergebnis war kein glänzendes, da die hohen Preise das große Publikum abschreckten und daher die Beteiligung unverhofft dürftig ausfiel.

Der Bau der Bahn, die in ihrem ganzen Umfange erst in Jahresfrist wird eröffnet werden können, wurde vor etwa sechs Jahren begonnen. Der neue Verkehrsweg durchschneidet das südliche Berlin in einem weiten Bogen von Westen nach Osten. Nicht weniger als zwanzig Millionen Kilogramm Eisen stecken in dem Bau, dessen Herstellung zirka 85 Millionen Mark gekostet hat, von denen fünf im Grundbesitz, 80 im Baukapital liegen. Um die Rentabilität des Unternehmens zu sichern, ist eine Frequenz von 800 Fahrgästen pro Tag erforderlich. Der Verkehr dauert von früh ½6 Uhr bis 12 Uhr nachts. Von ½11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends gehen die Züge alle fünf Minuten, während der übrigen Zeit alle zehn Minuten. Jeder Zug besteht aus drei Wagen: zwei dritter, einem zweiter Klasse.

Fast genau zwanzig Jahre sind seit der Eröffnung der Stadtbahn verflossen, die auf die Umgestaltung nicht nur des Berliner Verkehrswesens, sondern zugleich eines wichtigen Teiles des Berliner Wirtschaftslebens den allergrößten Einfluß ausgeübt hat. Die Stadtbahn zog die westlichen und östlichen Vororte in die Stadt hinein; sie förderte das Entstehen von Arbeitersiedelungen und Villenkolonien in der Umgebung der Oberspree auf der einen, und der des Grunewalds auf der anderen Seite; sie trug dazu bei, die innere Stadt immer mehr in ein großes Geschäftsviertel, eine City nach Londoner Muster, auszugestalten und die Wohnhäuser in einen Umkreis außerhalb der Stadt zu verlegen. Der durch die neuen Verkehrsverhältnisse unterstützte Zug nach dem Westen hatte zur Folge, daß das geschäftliche Zentrum Berlins sich allmählich vom Alexanderplatz nach dem nördlichen Teile der Friedrichstraße verlegte, wodurch wieder ungeheure Verschiebungen und Umwälzungen der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt wurden. Dann stellte sich in relativ kurzer Zeit heraus, daß die Stadtbahn ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen war. Länger als ein Jahrzehnt dauern die Klagen über die Ueberfüllung der Züge, die regelmäßig in den Mittag- und Abendstunden eintrat, über die Langsamkeit der Beförderung und die hohen Fahrpreise. Die souveräne Gleichgültigkeit, die die Bahnverwaltung von den kleinsten bureaukratischen Pedos bis zu den erfindlichsten Stützen hinauf dem Wünschen des Publikums traditionell entgegenzubringen pflegt, ließ die anfangs gehegten Hoffnungen auf eine Besserung der Zustände allmählich schwinden. Man gewöhnte sich daran, die martyrerischen Fahrten auf der Stadtbahn, zumal in den Stunden des starken Verkehrsandrangs oder an Sonn- und Festtagen, zu jenen lästernden irdischen Prüfungen zu zählen, für deren erzieherisches Erdulden man einst auf Belohnung in einem besseren Jenseits Anspruch zu haben meint. Ueberdies waren die gelegentlichen Vergleiche mit den anderen Verkehrsmitteln Berlins noch fast zu Gunsten der Stadtbahn aus. Wer sich dieser anvertraute, der wurde zwar meist in der Stadtbahn überfüllter Koupees an seinem Bestimmungsort befördert und hier mit zerschundenen Gliedern, zerretteten Röcken und verrenktem Rückgrat abgesetzt, aber er befand sich doch in absehbarer Zeit dort, wohin sein Streben ging. Wer aber auf die Straßenbahnen angewiesen war, der durfte unter Umständen überhaupt nicht daran denken, jemals an das Ziel seiner Wünsche zu gelangen. Regelmäßig wiederkehrende Wasserrohrbrüche, z. B. Glatteis oder ein wahrer Schneefall, dazu regelmäßige nutzlose Stockungen und Einstellungen des Straßenbahnverkehrs zur Folge. Die guten Ratschläge naiver Seelen, solchen Mißständen durch größere Inanspruchnahme von Arbeitskräften, die sich gerade zur Winterszeit in den Kasernen der Arbeitslosen darboten, auf die einfachste und schnellste Weise abzuhelfen, konnten nur ein Mitleidslächeln bei den dividendenerhaltenden und verteilenden Aktionären der Straßenbahngesellschaften hervorrufen. Was kümmerten sich diese Großen um die Wünsche des Volkes und um das Gezeter der Presse? Sie hatten ihr gutdünkendes Monopol und ihre sanftmütige Aufsichtsbehörde. Und wenn Neugierige die Frage aufwarfen, weshalb in den Stunden des starken Verkehrs, wo man oft kaum, sechs, sieben volle Wagen passieren lassen muß, bis man endlich nach lebensgefährlichem Ringen und Kämpfen im letzten ein Plätzchen erbeutet — wenn Neugierige die Frage aufwarfen, weshalb man in diesen Stunden nicht einfach die doppelte oder dreifache Anzahl von Wagen einstellt, so erfolgte die beleidigende Antwort, daß der gewaltige Straßenverkehr der Reichshauptstadt eine stärkere Belastung durch vermehrten Bahnbetrieb nicht ertragen könne. Die weitere Frage, weshalb man denn die Bahnwege nicht aus den überlasteten Hauptverkehrsstraßen entfernen und in die stillsten Nebenstraßen verlegen könne, wurde kaum gestellt. Denn der loyale Bürger wußte sehr wohl, daß in diesen stillen, vornehmen Nebenstraßen die begüterten Zeitgenossen wohnen, denen man durch das Rollen und Brummeln der Straßenbahnen unmöglich lästig fallen dürfte. Lieber in der Leipziger Straße jahrelang ein paar Tausend Anwohner verlieren, als in der Wilhelmstraße den Mittagschlaf der Geheim- und Kommerzienräte stören. Auch die dringende Forderung einer Umwandlung der Pferdebahnen in Elektrische verhallte jahrelang ungehört. Der sonst mit parvenuhafter Bevormundung sich äußernde Berliner Lokalpatriotismus sah es geduldig mit an, daß in dieser Hinsicht eine Anzahl provinzielle Kleinstädte die stolze Kaiserstadt an der Spree überflügelte, und die städtische Obrigkeit rührte zur Reform der wahrhaft skandalösen Zustände keinen Finger und keine Hand. Die Zaghaftigkeit, die die liberalen Stadtväter den Interessen der Straßenbahnaktionäre entgegenbrachten, mußte für diejenigen, denen die materiellen Grundlagen dieser Gemütsregungen unbekannt waren, etwas Mysteriöses haben. Indessen, die geheimnisvollen Schleier lüfteten sich allmählich und der Unmut des Publikums äußerte sich bald ganz unverhohlen. Man hatte sich in weitesten Kreisen zu verhaßt gemacht, daß bei dem ersten Straßenbahnstreik die Berliner Bourgeoisie fast ausnahmslos für die Ausständigen Partei ergriff. Trotz alledem änderte sich das Verhalten der Kommunalverwaltung gegenüber der Bahngesellschaft nicht und ihr Monopol wurde zum Staunen der Welt wiederum auf ein Menschenalter verlängert. Die Verdienste, die sich besonders der preußische Eisenbahnminister Thielen um die Interessen der Berliner Straßenbahngesellschaft erworben hat, sind der breiteren Oeffentlichkeit bekannt geworden.

Der neuen elektrischen Hoch- und Untergrundbahn ist eine wirksame Konkurrenz mit den älteren Berliner Verkehrsanstalten also nicht sonderlich schwer gemacht. Auch wenn sich noch mehr Fehler und Mängel herausstellen sollten, als ihr, nach dem ersten Eindrucke zu urteilen, anzuhaften scheinen, so muß doch jeder Vergleich mit den Verhältnissen der Stadt und der Straßenbahn zu ihren Gunsten ausfallen. Die Bahn bildet eine Verkehrslinie durch den Süden der inneren Stadt, während die Stadtbahn mit ihrem Südringe nur die Vororte jenseits des Tempelhofer Feldes berührt. Die neue Linie fällt in ihren Endpunkten am zoologischen Garten und am schlesischen Tor zwar mit der Stadtbahn zusammen, bietet aber den Vorzug einer ungleich größeren Schnelligkeit. Die ganze, etwa 10½ Kilometer lange Strecke vom zoologischen Garten bis zur Oberbaumbrücke wird in ca. 20 Minuten zurückgelegt werden, die Fahrt auf der bis jetzt eröffneten Strecke dauert nur 12 Minuten. Auf jeder Station findet ein Aufenthalt von durchschnittlich 15 Sekunden statt. Die häufigen Kurven, sowie die nicht unbeträchtlichen Steigungen — zwischen dem höchsten Punkt auf dem Gleisdreieck am Potsdamer Bahnhof und dem niedrigsten in der Hardenbergstraße ist ein Höhenunterschied von ungefähr 20 Metern — werden anscheinend spielend überwunden. Am Untergrundbahnhofe am Potsdamer Platz beginnt

Gestimmer erscheinen und neben dem Gedanken der Aufersteh[ung] der Menschheit der Propaganda gegen den Militarismus für den Völkerfrieden dienen soll. Um etwaigen Konfiskationsgelüsten der Polizei nicht allzuviel Opfer spenden zu müssen, bittet die Buchhandlung Vorwärts um frühzeitige Aufgabe der Bestellungen bis spätestens den 1. März.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Kohlenmarkt liegt seit einigen Monaten etwas ungünstiger als in den letzten vorhergehenden Jahren. Zur Beruhigung der Herren Grubenaktionäre ist jedoch zu konstatieren, daß die Werke selbst in den meisten Fällen einen größeren Ausfall in den Betriebsüberschüssen nicht gehabt haben. Sie hatten zumeist Lieferungen an Großhändler, die infolge großer Abschlüsse zur regelmäßigen Abnahme großer Quantums verpflichtet waren. Diese laufen jedoch fast ausnahmslos demnächst ab. Für die fernere Gestaltung des Kohlenbergbaues in Sachsen, besonders aber für die Werke des Zwickauer und Oelsnitzer Reviers werden nun außer der Entwickelung des Geschäfts im allgemeinen die regelmäßig Ende April an die Verwaltung der königl. sächs. Staatseisenbahnen zu machenden Offerten vom 1. Juni 1902 bis 31. Mai 1903 von ausschlaggebender Bedeutung sein. Diese bilden nämlich auch die Basis für die Abschlüsse mit Großhändlern, Industriellen, Gasanstalten usw. Diese Abschlüsse werden jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach auf Grund unwesentlich billigerer Preise als in dem Vorjahre gemacht werden.

Vom sächsischen Landesverband des Handelsvertragsvereins wird berichtet, daß er seine Agitation gegen den Zolltarif fortsetze und auch in letzter Zeit in einer Reihe sächsischer Orte Versammlungen und Vorträge veranstaltet habe, die auch in stark ländlichen Bezirken Anklang gefunden hatten. Nach einem dieser Tage in Kerdau abgehaltenen Vortrage wurde eine Resolution, welche die im Zolltarif vorgeschlagene Erhöhung der Lebensmittelzölle ablehnt, nach außerordentlich eingehender Diskussion gegen 12 Stimmen anwesender Landwirte angenommen. Man hatte seitens einer Reihe von Landwirten die Absicht, die Versammlung zu sprengen oder mindestens die Resolution niederzustimmen. In der Diskussion traten den Ausführungen der Landwirte Fabrikbesitzer, Arbeiter, Handwerker, Lehrer und Angehörige der Ortsverwaltung scharf gegenüber, so daß die Landwirte in ihren anfänglichen Absichten arg getäuscht wurden.

Ueber die Rittergüter in Sachsen macht das Leipziger Tageblatt nach einem Werke Die sächsischen Rittergüter von Hofmann einige Angaben, die nicht uninteressant sind. Von den gesamten Rittergütern kommen je 268 auf die Kreishauptmannschaften Bautzen und Leipzig, 191 auf die Kreishauptmannschaft Dresden, 147 auf die Kreishauptmannschaft Zwickau und 11 auf die Kreishauptmannschaft Chemnitz. Was die Amtshauptmannschaften anbetrifft, so hatte Bautzen die größte Zahl der Rittergüter, nämlich 125, aufzuweisen, dann folgen Löbau mit 69, Borna mit 60, Grimma mit 57, Plauen und Meißen mit je 55, Kamenz mit 50, Leipzig mit 49, Oschatz und Grossenhain mit je 45, Döbeln mit 42 Rittergütern usw. Die wenigsten Rittergüter lagen in den Amtshauptmannschaften Flöha (9), Annaberg (7), Schwarzenberg (4) und Glauchau (3).

Daß in Sachsen nicht so umfangreiche Latifundien, wie in den östlichen Provinzen Preußens anzutreffen sind, ist bekannt. Immerhin sind einige sehr ansehnliche Rittergüter vorhanden. Die beiden größten Rittergüter Sachsens liegen in der Amtshauptmannschaft Freiberg: Pfaffroda und Purschenstein. Ersteres hat eine Fläche von 2286, letzteres eine solche von 2246 Hektar. Im großen ganzen sind aber Güter mit einer Fläche von 1000 Hektar und darüber in Sachsen eine Seltenheit. Zu nennen sind Königsbrück (Standesherrschaft, mit Rittergut Steinborn) 1872 Hektar, Thammenhain 1490 Hektar, Königswartha 1440 Hektar, Pülchau 1288 Hektar, Lauenstein 1280 Hektar, Brambach 1076 Hektar, Kaupa 1071 Hektar, Mühltroff 1051 Hektar, Tablen 1045 Hektar, Trebsen 1043 Hektar und Bärenstein 1000 Hektar. Wenn man nun die Frage nach dem kleinsten Rittergute Sachsens stellt, so ist diese schwer zu beantworten. Von manchem einstigen großen Rittergute sind nämlich jetzt, nach Jahrhunderten, nur noch wenige Ar übrig geblieben, aber selbst auf diesen haftet noch die Bezeichnung „Rittergut" und manchmal auch noch die dazu gehörenden Gerechtigkeiten. So ist zu lesen über das Rittergut Genersberg bei Geyer, daß sich darin, nachdem alle Felder usw. verkauft worden sind, die „Erste sächsische Waschbretterfabrik von C. M. Schürer" befindet.

Zwickau. In dem Verlag und der Druckerei des Sächsischen Volksblatt hat sich ein Personenwechsel vollzogen. Das Amtsgericht Zwickau veröffentlicht im amtlichen Teile des Zwickauer Wochenblattes folgende Bekanntmachung: „Auf dem die offene Handelsgesellschaft H. Schmidt u. Komp. in Zwickau betreffenden Blatte 1616 des hiesigen Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß am 1. Januar 1902 der Lagerhalter Gustav Hermann Schmidt in Zwickau aus der Gesellschaft ausgeschieden und der Maurer Franz Hermann Berger daselbst in die Gesellschaft eingetreten ist, diese auch vom 1. Januar 1902 ab Seifert u. Komp. firmiert."

Meißen. (Ein ergötzliches Debut des agrarischen Antisemiten Reichstagsabg. Gäbel-Meißig.) Am Montag abend fand eine Wähler-Versammlung in Diehra bei Meißen statt. Um ½8 Uhr war der Saal dicht gefüllt. Unter den Versammlungsbesuchern befanden sich viele Arbeiter. Zunächst gab es ein ergötzliches Vorspiel. Herr Gäbel hatte gleich bei seiner Ankunft eine sehr voluminöse Mappe auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Als sich nun die Herren vom Bureau auf dem Podium versammelt — Bureauwahl giebt's bei den Herren Antisemiten bekanntlich nicht — und der Kampf beginnen sollte, schien ein Hindernis eingetreten zu sein. Nichtig, im Schweiße seines Angesichtes quälte sich Herr Gäbel mit seiner Mappe herum, deren Inhalt er offenbar zu seinen Ausführungen dringend bedurfte. Einen Schlüssel nach dem andern probierte er — alles nützte nichts. Das Publikum wurde erst ungeduldig, dann, als man den Grund der Verzögerung entdeckte, gab es ein immer stärker werdendes Gelächter. Aller Augen richteten sich auf den unglücklichen Referenten, dem es absolut nicht gelingen wollte, an den Inhalt der Mappe zu bringen. Der Herr wurde vor sichtlicher Verlegenheit hochrot. Endlich schien ihm ein Gesinnungsgenosse einen guten Rat gegeben zu haben. Mit wiederum einer Entschlossenheit zog er sein Messer und schnitt das verhaßte Schloß aus der Ledermappe. Ein Aufatmen der Erleichterung ging durch die Versammlung, hatte sie doch schon befürchtet, sie käme um den Genuß des Vortrages oder vielmehr der Erzählungen des Herrn Gäbel. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf den sächsischen König, dem er die treue Mitarbeit seiner Minister wünschte. Er wollte dann ohne weiteres dem Herrn Gäbel das Wort geben. Damit waren aber die Arbeiter nicht einverstanden. Ein Genosse fragte an, wie es mit der Debatte stände, und erst auf Zusage freier Aussprache konnte Herr Gäbel seinen Speech loslassen.

Was der Mann seinen Wählern nicht alles im Tone brennender Behaglichkeit und Selbstgefälligkeit erzählte, das geht auf keine Kuhhaut: Nachdem er 1½ Stunde „geredet" hatte und aus seiner so mühsam geöffneten Mappe eine Menge Zahlen und Ziffern vorgelesen, schloß er mit der Versicherung, daß er jedem etwas gönnte.

In der Debatte hatten sich drei Redner zum Wort gemeldet. Es sollte eine Viertelstunde Redezeit gewährt werden. Man kam schließlich dahin überein, daß ein Redner zurücktrat und seine Redezeit dem Genossen Riem-Dresden überließ, der dann unter dem stürmischen Beifall der großen Mehrheit der Versammlung dem Vorredner entgegentrat.

Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß dieser Brotwucbertarif, der dem Volke das Brot und die Arbeit nehme, niemals Gesetzeskraft erlangen werde. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Trotzdem sich noch ein älterer Landwirt zum Wort gemeldet hatte, der schon während der ½ stündigen Ausführungen des Genossen Riem oft seine Zustimmung zu erkennen gegeben hatte und deshalb vom Vorsitzenden in der brutalsten Weise mit Hinauswerfen bedroht worden war, bekam doch Herr Gäbel das Wort. War der Herr Antisemit in seinem Referat ruhig und einigermaßen sachlich geblieben, so war er jetzt außerordentlich aufgeregt und wurde durch treffende Zwischenrufe und Fragen derart aus dem Konzept gebracht, daß er es bald aufgab, den sozialdemokratischen Redner sachlich widerlegen zu wollen. Das eine wollte er nicht gesagt haben, das andere habe man falsch verstanden. Bei seiner Behauptung, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten für eine Biersteuer zu haben seien, blieb er stehen. Er habe vorher gewußt, daß er nicht die Zustimmung der Arbeiter hätte, das sei ihm aber auch egal; dann wurde er antisemitisch und sprach von jüdischen Flegeln usw. Trotz des lebhaften Protestes der großen Mehrheit der Versammlung schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf Gäbel die Versammlung, das aber übertönt wurde durch ein Hoch auf die Sozialdemokratie.

Meißen. Ein tiefschmerzliches Unglück hat mehrere Familien in dem elbabwärts gelegenen Dorfchen Kleinmadel heimgesucht. Am Montag abend tummelte sich eine größere Anzahl Kinder, ungefähr 15, auf dem Eise, welches die Elbeindämmung in der Nähe des Hollschekschen Restaurants bedeckt. Plötzlich brach das Eis und sechs Kinder stürzten ins Wasser. Zwei konnten gerettet werden, vier ertranken, und zwar der 14jährige einzige Sohn des Schiffseigners Schneider, der 13jährige Sohn des Restaurateurs Holschesky, der 13jährige Sohn des Steinbrucharbeiters Gärtner und der 11jährige Sohn des Steinbruchpächters Beyer.

Lausa. Am vorigen Sonntag unterzogen sich einige hiesige Genossen der Mühe, die Arbeitslosigkeit in der politischen Gemeinde Lausa mit Friedersdorf, Weißdorf und Gommlitz festzustellen. Trotzdem diese vier Gemeinden zusammen nur zirka 2000 Einwohner haben, und diese zum großen Teil Landwirte sind, ergab sich doch, daß nicht weniger als 141 Arbeitslose zu verzeichnen sind. Von diesen sind 84 verheiratet und haben 207 Kinder. Insgesamt haben diese Arbeiter 6558 arbeitslose Tage gehabt. — Einen solchen hohen Grad hatte die Arbeitslosigkeit in früheren Jahren noch nicht erreicht.

Pirna. In den Kreuzanlagen hiesiger Stadt wurde am Montag vormittag ein größeres Paket aufgefunden, enthaltend einen Mantel, Joppe, Hose und Dienstmütze mit blauem Rand. Man nimmt an, daß dies die Uniformstücke eines Schutzmannes sind, und zwar des Schutzmanns Lorenz, der seit Mitte Januar von Naitz bei Dresden, nach Unterschlagung von 1800 M., verschwunden ist. Lorenz hat hier eine Geliebte, die er öfters aufsuchte, und hat sich vermutlich bei dieser in Zivil umgekleidet und der Uniformstücke in oben angegebener Weise entledigt. Etwas Näheres über den Aufenthalt dieses sauberen Gesetzeswächters ist indes nicht ermittelt worden.

Oederan. Auf seinem Berufswege vom Tode ereilt wurde der in den 40er Jahren stehende Schlaganfeder Bauer in benachbarten Frankenstein. B. wurde am Sonntag nachmittag 3 Uhr auf der Strecke Oederan-Frankenstein, neben den Geleisen liegend, tot aufgefunden. Anfangs glaubte man, daß ein Unglücksfall vorläge. Die ärztliche Untersuchung ergab aber als Ursache Herzschlag. B. ist erst kurz vor Weihnachten von Oederan nach Frankenstein versetzt worden. Er ist sehr viel vom Unglück verfolgt worden, indem derselbe erst mit der Hand verunglückte und vorigen Jahr, während er auf Arbeit war, sein Haus abbrannte.

Freiberg. Am Montag vormittag machte der Jäger Krüger von der 2. Komp. in der Mannschaftsstube seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Einen entsetzlichen Fund machte ein Waldwärter im Dennheritzer Walde bei Glauchau. An einer Stelle im Dickicht, die selten betreten wird, lag ein menschliches Skelett. Es stellte sich heraus, daß es sich um die Ueberreste eines vor längerer Zeit Erhängten handelt. Außer dem hierzu benutzten Strick und den Stiefeln des Unseligen waren irgendwelche Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände nicht vorhanden. Nur an dem abgebrochenen Schädel klebte noch ein Streifen des inneren Hutfutters. — Der Hilfsmaschinenmeister Reyold verunglückte in vergangener Nacht auf dem Brückenbrückschachte I bei Zwickau dadurch, daß er das Lager der Treibmaschine auf das Warmlaufen untersuchte, wobei er von der Kurbel der Maschine erfaßt, ihm das Genick und verschiedene Gliedmaßen gebrochen wurden. Er starb als man ihn nach dem Friedrichsschacht transportieren wollte. — Vom Schöffengerichte in Plauen ist der 20 Jahre alte Weberei-Arbeiter Hermann Frisch aus Reißbach unschuldig verurteilt worden. Er war von seiner Logiswirtin Anfang Januar verdächtigt worden, zwei ihr abhanden gekommene Zwanzigmarkscheine gestohlen zu haben, wurde am 9. Januar verhaftet und am 4. Februar zu drei Monaten und einigen Tagen Gefängnis verurteilt. Zehn Tage nach der Verurteilung hat die Frau ihre beiden Zwanzigmarkscheine im Sparkassenbuch vorgefunden. Frisch ist daraufhin sofort freigelassen und ein Wiederaufnahme-Verfahren eingeleitet worden. — Zu schwerem Schaden kam in Oelsnitz i. V. die 14jährige Tochter des Laternenwärters Gerop. Dieser hatte ein geladenes Teschin auf den Tisch gelegt, der hinzukommende erwachsene Sohn Gerops legte die Waffe mit der scherzhaften Frage, ob er schießen solle, auf das Kind an, und als sich das Teschin entlud, drang die Kugel in das rechte Auge des Mädchens, dessen Sehkraft völlig zerstörend.

Stadt-Chronik.

Die indirekte Lebensmittelsteuer

oder die „Eingangsabgabe von Verzehrungsgegenständen", wie das hiesige städtische Steuergesetz diese ungerechte Belastung besonders der ärmeren Einwohner nennt, wird heute abend in der Stadtverordnetensitzung zur Beschlußfassung für das Steuerjahr 1902 kommen. Der Finanzausschuß beantragt, die Einnahmen mit 2042000 M., die Ausgaben mit 227617 M. zu genehmigen, so daß man mit einem Sollergebnis von 1814383 M. rechnet. Im einzelnen stellen sich die Positionen — die eingeklammerten Zahlen geben den Anschlag im Vorjahre — folgendermaßen: Mehl und Backwerk 700000 (690000) M., eingeführtes Bier 290000 (290000) M., hier gebrautes Bier 125000 (125000) M., Wild 55000 (67000) M., Geflügel 42000 (45000) M., Fische 60000 (70000) M., Fleischwerk, Kunstbutter und Feinkost (Delikatessen) 120000 (135000) M., Vieh 610000 (632000) M. — Aus diesen Zahlen ergiebt sich, worauf wir auch schon früher wiederholt hinwiesen, daß gerade die nötigsten, von der arbeitenden Bevölkerung am meisten konsumierten Artikel den weitaus größten Teil der Objekte dieser Verzehrungssteuer bilden.

Unsere Stellung zu dieser ungerechten Steuerart ist zur Genüge bekannt, wir brauchen sie bei der Gelegenheit nicht näher zu präzisieren. Wohl aber ist die Frage am Platze, ob denn im Stadtverordnetenkollegium nicht endlich einmal ein Wort gegen diese Steuer gesagt wird? Es handelt sich ja um keine Parteifrage; jeder, der es wirklich wohl mit dem Volke meint, muß ein derartiges Steuersystem unbedingt verwerfen. — Nicht uninteressant ist, was der Bericht des Finanzausschusses zur Sache sagt, nämlich:

„Während seit einer Reihe von Jahren unter der Gunst des wirtschaftlichen Aufschwunges auf fast allen Gebieten des Erwerblebens und infolge des Anwachsens der Bevölkerung eine stete, nicht unbeträchtliche Zunahme der Einnahmen aus der Abgabe von Verzehrungsgegenständen zu verzeichnen gewesen ist, machen sich bei den entsprechenden Einstellungen in den diesjährigen Haushaltplan-Entwurf die im vorigen Jahre eingetretenen ungünstigen Erwerbsverhältnisse weiter Bevölkerungsschichten und der fast allgemeine

---

die Fahrt. Die Schalter- und Kontrolleinrichtungen entsprechen denen der Stadtbahn. Die erste Strecke führt durch einen Tunnel. Dann erlöschen die elektrischen Glühbirnen in den Wagen und es geht hinauf ans Tageslicht, hoch über das Straßenniveau dahin, über das vielgenannte Gelesdreieck hinweg, wo die Züge in drei Etagen über und unter einander fahren, um die Verspätungen und Gefährdungen durch Weichenstellung zu vermeiden. Auf hoher Brücke schwebt über den Kanal, dann hart am Ufer des Kanals bis zum Hallischen Thor, ins Fabrikenviertel durch die Gitschiner und Skalitzer Straße übers Schlesische Thor zum Endpunkt an der Oberbaumbrücke.

Man hat gegen die neue Hochbahn ästhetische Bedenken geltend machen wollen, und behauptet, sie verunziere das Straßenbild. Ich kann dem nicht beistimmen. Der Anblick der schlanken Eisenkonstruktionen, über die die zierlichen gelben und roten Wagen leicht dahinrollen, ist durchaus nicht unschön. Die Architektonik der zahlreichen Bahnhöfe mag zum Teil nicht einwandfrei sein, jedenfalls aber stören die Gebäude auf ihren Plätzen nicht mehr, als es die romanischen oder gotischen Kirchen gethan haben, die dort wohl zweifellos über kurz oder lang errichtet worden wären.

Ueberhaupt, soweit die technischen Seiten in Betracht kommen, ist alles schön und gut. An den Prinzipien der Verwaltung aber wird man, auch wenn man nicht zu den Nörglern zählt, noch vielerlei auszusetzen haben. Die thörichte Scheidung in zwei Klassen ist beibehalten worden: Holzbänke für die dritte, Plüschsofas für die zweite. Die Wagen enthalten so wenig Sitzplätze, daß die Mehrzahl der Passagiere sich mit „Stehplätzen" begnügen muß. Außerdem ist der Fahrpreis viel zu hoch: 10—15 Pf. für die dritte, 15—25 Pf. für die zweite Klasse. Während selbst die Straßenbahn schon den Einheitstarif eingeführt hat, hält man hier unbegreiflicherweise noch an den alten schlechten Prinzipien der Stadtbahn fest. Eine schleunige Abstellung der gröbsten Organisationsfehler dürfte im Interesse des neuen großen Unternehmens selbst liegen.

Dr. John Schikowski.

Kgl. Opernhaus. Das sechste (letzte) Sinfoniekonzert der Serie A fand am Dienstag statt und wurde mit C. M. v. Webers Ouverture zur Oper Der Beherrscher der Geister (Rübezahl) eröffnet. Da die Oper, die der Komponist nicht vollendete, verschollen ist, ist es unmöglich zu sagen, worauf sich die Ouverture gründet. Einen bestimmt hervortretenden Zug, wie die andern Weberschen Ouverturen, z. B. die zu Euryanthe, Freischütz usw., weist sie nicht auf. Auch als reines Musikstück betrachtet, bleibt sie hinter den anderen zurück. Wenn sie trotzdem hie und da noch auf Konzertprogrammen erscheint, so verdankt sie das wohl hauptsächlich dem berühmten Namen ihres Autors. In instrumentaler Hinsicht aber ist sie interessant, weil in ihr wohl zum erstenmale der Versuch gemacht ist, die Pauken zu verwenden (bei der Aufführung habe ich übrigens die dritte nicht bemerkt). Der Ouverture folgte Franz Liszts sinfonische Dichtung Hunnenschlacht. Die Zeiten, wo man Liszts konzertierende Thätigkeit mit mitleidigem Achselzucken abthat, sind ja glücklicherweise jetzt vorbei. Auch Liszt ist einer von denen, die erst tot sein mußten, um allgemein anerkannt zu werden. Seine Transskriptionen beliebter Opernmelodien und Schubertscher Lieder, seine ungarischen Rhapsodien hört man ja immer gelten, aber bei seinen großen Orchester- und Chorwerken hat es lange gedauert, ehe man ihn für voll nahm. Unverdrossene Arbeit bezeugt er Jünger hat es immerhin gebracht, daß er vom großen Publikum wenigstens unter diejenigen Tonsetzer gezählt wird, die man ernst zu nehmen hat und bei deren Werken, wenn sie vom Herkömmlichen abweichen, man die Verpflichtung hat, zu versuchen, dem Gedankenfluge des Komponisten zu folgen. Die Hunnenschlacht verdankt ihre Entstehung dem gleichnamigen Gemälde von Kaulbach. Das thematische Material besteht aus 4 Motiven, die scharf charakteristisch sind, und deren Verarbeitung ein packendes Tongemälde abgegeben hat. Dem Liszschen Stücke folgte eine Novität von Leo Blech: Trotz in der Natur, Bacarola für Orchester. Eine kurze Einleitung mit heftigen Accenten leitet den Hauptteil, die Barcarola, ein. Es ist ein sanftes, liebliches Idyll, das uns der Komponist vorführt: Das leise plätschernde Wasser mit dem sanft dahinschaukelnden Kahn und die ganze Szenerie, getaucht in Ruhe und Frieden. Das Stück ist zwar nicht besonders original und die thematische Erfindung nicht übermäßig reichhaltig, aber das Milieu ist ausgezeichnet getroffen. Es ist ein Stimmungsbild, das seiner Ueberschrift voll gerecht wird. Den Schluß des Konzertes bildete die fünfte Sinfonie (C-moll) von Beethoven. Ihr ist zwar kein Programm beigegeben, und doch stellt sie eines der herrlichsten Stücke Programm-Musik dar, die es giebt. Zu allen Zeiten hat man sich bemüht, den Gedankeninhalt des Werkes in Worte zu kleiden und mit der Gefühlswelt der jeweiligen Zeit in Einklang zu bringen. Der Grundgedanke blieb so ziemlich immer derselbe, in Einzelheiten dagegen, besonders über den dritten Satz, kam manche Verschiedenheit heraus. Es wäre müßig, zu untersuchen, was die genaue Wahrheit ist, der Meister, der allein die richtige Auskunft geben könnte, ist tot, und wir haben nur einen unverbürgten Fingerzeig in den Worten: So pocht das Schicksal an die Pforte. Aber auch ohne genaue Definition packt uns das Werk, erschüttert, rüttet und erhebt es uns, wie kaum ein anderes. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, die Sinfonie im Opernhause lange Jahre nicht gehört hatte, konnte eine Ueberraschung bei der Ausführung erleben. Herr v. Schuch dirigiert das Werk jetzt anders, wie früher. Er hat allen bombastischen Kram, Auffassungs-Mätzchen, sowie die Sucht, auf dem ersten Satze ein durch möglichste Schnelligkeit verblüffendes Bravourstück zu machen, bei Seite geworfen, und es kann gesagt werden, daß die Rücksicht zu Beethoven dem Werke an seiner Wirkung nichts geschadet hat, sondern daß die jetzige Wiedergabe auch denjenigen, der früher an vielen Einzelheiten Anstoß nehmen konnte, einen ungetrübten Genuß gewährt.

Einen Blick in den Ursprung der Dinge nennt Lancet den Inhalt des Vortrages, den Sir William Crookes in der Februar-Sitzung der Londoner Royal Society gehalten hat. Außerordentlich ist es allerdings, was Crookes verkündet hat, nämlich die Erklärung eines vierten Zustandes des Stoffes. So lange es eine Wissenschaft giebt, hat man immer nur die drei Aggregatzustände des Festen, des Flüssigen und des Gasigen unterschieden. Daß damit die äußeren Erscheinungen des Stoffes nicht erschöpft sind, hat man allerdings seit der Entdeckung der Strahlungsvorgänge vermutet, aber erst Crookes hat dieser Vermutung einen festen Halt gegeben. Er bezeichnete die Strahlungserscheinungen schon früher als einen „ultragasigen Zustand", dann als „strahlende Materie", während er jetzt auch diese letzte Bezeichnung zu gunsten des Ausdrucks „Elektronen" aufgegeben hat. Nach seiner Erklärung ist ein Elektron gewissermaßen ein Atom von Elektrizität, dessen Vorkommen stets an ein Massenatom gebunden ist. Das Elektron ist gleichsam der Trabant des Stoffatoms, das, wenn es durch eine elektrische Entladung von ihm befreit wird, sich nicht wie ein Gas verhält, sondern nach der Anschauung von Crookes eher wie ein Nebel, der sich an positiv elektrisierte Körper anhängt, infolgedessen seine Beweglichkeit verliert und an den Wänden des betreffenden Gefäßes niederschlägt. Der Vorgang, der sich in einer strahlenaussendenden Röhre abspielt, ist nach Crookes folgendermaßen aufzufassen: Unter dem Einfluß des Stroms ordnen sich die Massenatome selbst in Gruppen, während die haftenden Schwärme der Elektronen vom negativen Pol gegen sie hingetrieben werden. Die Wirkung dieses Bombardements ist Licht und Wärme. Die Basis der Elektronen ist wahrscheinlich immer dieselbe und gleichbedeutend mit dem „Urstoff" von Crookes, aus dem angeblich die chemischen Atome gebildet werden. Ein negativ geladenes chemisches Atom ist nach dieser Theorie ein solches, das einen Ueberschuß von Elektronen besitzt, deren Zahl von der Wertigkeit des chemischen Grundstoffs abhängt, während ein positiv geladenes Atom ein solches ist, das einen Mangel an Elektronen aufweist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020227/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

wirtschaftliche Rückgang **in recht empfindlicher Weise fühlbar.** Bei den **Abgaben auf die notwendigsten Lebensmittel:** Mehl, Backwerk und Vieh sind zwar 18 000 M. **mehr** eingesetzt als im Vorjahre, dagegen bleiben bei den übrigen **entbehrlicheren Verzehrungsgegenständen** die eingestellten Beträge um 51 000 M. hinter den Einstellungen des Vorjahres **zurück**, so daß die auf 2 042 000 M. geschätzte Gesamteinnahme gegen **das Jahr 1901** einen Ausfall von 33 000 M. aufweist.

Nach der vorläufigen Ermittelung sind die Einnahmen des vorigen Jahres um 87 000 M. hinter dem Voranschlage und die Reinerträgnisse um 49 000 M. gegen den Abschluß des Jahres 1900 zurückgeblieben. In Rücksicht hierauf dürfte es bei der Andauer der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zweifelhaft erscheinen, ob selbst die vorsichtig gehaltenen diesjährigen Einstellungen auch wirklich werden erreicht werden. Allein in der Erwartung **baldiger günstigerer Gestaltung** der Zeitverhältnisse ist der Finanz-Ausschuß nicht dazu gekommen, niedrigere Einstellungen vorzuschlagen."

Man ersieht aus diesem Bericht, zu was für **unsinnigen Konsequenzen** diese Steuermethode führt! **Trotz** der ungünstigen Erwerbsverhältnisse weiter Bevölkerungskreise, **trotz** des wirtschaftlichen Rückganges, der sich in empfindlicher Weise fühlbar macht, **stellt man die Abgaben auf die notwendigsten Lebensmittel noch höher ein!** Warum? Ja, **weil** es eben die **notwendigsten** Lebensmittel sind, die immer noch am **ehesten** konsumiert, und besonders von der **breiten Masse**, den „weiten Bevölkerungsschichten" konsumiert werden. Statt diese Volksschichten wegen ihrer schlechten Lage zu entlasten, sucht man gerade aus ihnen herauszuschinden, was möglich ist. — Die „Erwartung baldiger günstigerer Gestaltung der Zeitverhältnisse" (schönes Amtsdeutsch!) dürfte zur Zeit wohl nicht bei sehr vielen Leuten zu finden sein. Wenn man eine ungerechte Steuerschraube möglichst stramm anziehen will, kann man aber schon einmal optimistisch sein.

Gegen die ärztlichen Bezirksvereine petitioniert der Bezirksverband der vereinigten Krankenkassen von Dresden und Umgegend beim **Landtag.** Es wird in der Petition um Aufhebung des Gesetzes vom 21. März 1896, die ärztlichen Bezirksvereine betr., bez. um Abänderung des § 15 der „Standesordnung" des ärztlichen Bezirksvereins Dresden-Stadt gebeten. In der Begründung dieser Petition wird u. a. auf die bedeutenden Schwierigkeiten hingewiesen, welche den genannten Krankenkassen seit dem Inkrafttreten des bezeichneten Gesetzes und dessen Anwendung hinsichtlich der ihnen nach dem Reichskrankenversicherungsgesetz aufgebürdeten Gewährung ärztlicher Hilfeleistung sowohl, als auch hinsichtlich der hieraus sich folgernden Gefährdung ihrer Existenz entstanden sind. Die vereinigten Krankenkassen können sich, wie in der Petition weiter ausgeführt wird, der Ansicht nicht verschließen, daß § 4 des bezeichneten Gesetzes seitens der ärztlichen Bezirksvereine eine Auslegung erfährt, die weit über die beabsichtigte Grenze hinausgeht, was durch die verschiedenartigen Differenzen hinreichend bewiesen sei. Das frühere **harmonische Verhältnis** zwischen Aerzten und Kassen hatte fast **vollständig aufgehört** und an dessen Stelle sei eine **permanente Kampfesstellung** getreten, die eine **gedeihliche Entwickelung** der Krankenkassen im allgemeinen **verhindere.** Es wird u. a. geklagt: Es gewinnt oft den Anschein, als stellten die ärztlichen Bezirksvereine eine **Behörde** dar, die auf Grund staatlicher Autorität berechtigt wäre, Edikte zu erlassen, von welchen das Bestehen oder Nichtbestehen gemeinnütziger Institute, als welche die Krankenkassen doch gelten, abhängig gemacht werden könnte. So manchen einzelnen Arzt, der — einer inneren humanen Regung folgend — sich bereit finden läßt, derartigen Intimationen entgegen zu kommen, wird dieser Weg durch solche Verbote einfach verschlossen und die Bestimmungen des § 80 der G.-O. für das deutsche Reich sind für ihn als nicht vorhanden zu bezeichnen . . . Gewiß hat es nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen, den ärztlichen Bezirksvereinen eine Kompetenz zu verleihen, auf Grund welcher sie die Kassen in Bedrängnis bringen können und an sie Verlangen stellen, die unter Umständen geeignet sind, ihre Lebensader zu zerreißen oder ihnen unerschwingliche Opfer aufzuerlegen. Sicher ist es eine falsche Voraussetzung, einem Arzt, der — den Verhältnissen Rechnung tragend — sich bereit erklärt, den Krankenkassen niedrigere Honorare zu berechnen, standesunwürdige Handlungen oder Standesehrverletzung vorzuwerfen. Auch hinsichtlich der Selbständigkeit der Verwaltungsorgane bieten sich ernst unliebsame Momente, indem man eifrig bemüht ist, aus Maßnahmen, die meist im Interesse der Kassen veranlaßt werden müssen, einen Verstoß gegen die Standesehre zu konstruieren, was den friedlichen Verkehr zwischen Arzt und Verwaltung unendlich beeinträchtigt. . . .

Man kann begierig sein, was diese sehr zweckmäßige Petition, die volle Berücksichtigung verdient, im Landtag bei den Dreiklassenmännern für eine Vertretung finden wird.

Deutsche Arbeit und internationale Ausbeutung lautete das Thema, worüber Herr Oswald Zimmermann am Sonnabend den 22. d. M. im Restaurant Germania in Gruna sprach. Auf eine detaillierte Wiedergabe des Vortrags können wir um deswillen schon verzichten, weil Herr Z. auch bei dieser Gelegenheit, allgemein betrachtet, nichts anderes redete, als was man gewöhnlich und seit langem von ihm hören kann. Seine Ausführungen waren ein Gemisch von fadenscheiniger Opposition, mittelstandsretterischer Spiegelfechterei, Bismarckkultus, und Schimpfens auf die Juden. Diese bis zum Ekel gehörten Rekomendaden klangen schließlich aus in einem Appell zur Rettung der deutschen Arbeit (unter der er natürlich nur die Unternehmerinteressen versteht) gegen internationale, d. h. amerikanische Ausbeutung, durch — **Annahme der Zollvorlage.** Unsern Standpunkt vertrat in der Debatte Genosse Fricke in halbstündiger, oft von Beifall unterbrochener Rede. Unser Redner wies auf den Widersinn hin, der in Z.s Ausführungen liege, wenn er auf Leute wie Rothschild exemplifizierte, und sie als die alleinigen und zwar jüdischen Vertreter des Großkapitals bezeichne und andere, wie Krupp, den verstorbenen Stumm, den Bergwerks- und Industriegrafen Henckel von Donnersmark u. a. m. dabei vergesse, und behaupten wolle, zwischen diesen, den Rothschilds, den Astors, Vanderbilds, Goulds usw. herrsche irgend welcher Unterschied in Bezug auf kapitalistische Gepflogenheiten. Wenn sich Herr Z. über das Hervordrängen des „Tröpfleins jüdischen Blutes" so sehr aufrege, so wolle er den Referenten nur darauf hinweisen, daß es vorzugsweise Vertreter der deutschen Aristokratie seien, die, wenn sie so ziemlich alles durchgebracht haben, sich nicht nur eines „Tröpfleins", sondern eines ganzen großen Volumens jüdischen Blutes in Gestalt einer „krummnasigen, plattfüßigen" Bankierstochter bedienten, um mit deren Gelde ihr verrottetes Wappenschild neu zu vergolden. Wenn Herr Z. gemeint habe, gewisse Vertreter der äußersten Linken schienen ihm, als ob sie die Geschäfte des Auslandes besorgten, so wolle er darauf nur erwidern, ihm, Redner, komme es vor, als ob gewisse Leute bezahlte Agitatoren des Bundes der Landwirte seien. (Zustimmung.) Redner schließt seine Ausführungen damit, daß er bemerkt: Herr Z. werde nun, wie dies seine Gewohnheit sei, der Sozialdemokratie und ihm, Redner selbst, alle möglichen und unmöglichen Schlechtigkeiten in seinem Schlußwort an den Hals hängen, er mache sich daraus nichts, aber wenn Herr Z. dies eine sachliche Diskussion nenne, so nenne er so etwas einen schofeln Agitatorenstück. Wenn die Antisemiten sich immer so gebärdeten, als ob sie die wirklichen Vertreter der Mittelstandsinteressen und der reinsten politischen Konsequenz seien, so wundere es ihn nur, warum die deutschsoziale Reformpartei so elend klein geworden, und gegen früher auf den Hund gekommen sei. (Anhaltender Beifall und wütender Widerspruch auf der anderen Seite.) — Schon während dieser Ausführungen hatten die Anhänger Z. versucht, unsern Redner durch lärmendes Lachen und Zwischenrufe am Reden zu verhindern, was ihnen nicht gelang. Als nun Herr Z. in der von unserm Redner vorhergesagten Weise in seinem Schlußwort losgehen wollte, drehten die anwesenden Arbeiter und unsre Genossen den Spieß um, und machten Z. trotz des Aufwandes seiner ganzen Lungenkraft das Reden minutenlang unmöglich. Wie ein angeschossener Eber tobte Herr Z. und nannte es eine gemeine niederträchtige Verleumdung, daß man ihn verdächtigen wolle, er sei bezahlter Agitator des Bundes der Landwirte. Der Vorsitzende hat zuletzt in weinerlichem Tone, doch den Anstand zu bewahren, die Zwischenrufer seien doch Männer, worauf ihm angerufen wurde: „Jawohl, ebenso anständig wie Ihr vorher!" Schließlich verließen die meisten unserer Genossen die an sich ziemlich mäßig besuchte Versammlung. -e.

Eine für Gastwirte wichtige Entscheidung hat das sächsische **Oberverwaltungsgericht** getroffen. Ein Gastwirt einer sächsischen Stadt hatte vom Stadtrat die Konzession zum „vollen Gastwirtsbetriebe" in seinem zum Zwecke der Ausübung dieses Gewerbes neu erbauten Grundstücke ohne jede Beschränkung erteilt erhalten und bis in die neueste Zeit sein Gewerbe als Gastwirt lediglich in den auf dem Bauplane als solchen bezeichneten Räumen ausgeübt. Als er jedoch ein im Bauplan als „Schlafzimmer des Wirtes" angegebenes Zimmer, das bisher an einen Barbier vermietet worden war, nach der Straße zu einem besonderen Eingang besitzt und von den übrigen Schankraumen im Erdgeschoße durch die Hausflur getrennt ist, als „Frühstückstube" für die Arbeiterbevölkerung einrichtete und benutzte, ohne im Besitze einer gewerbepolizeilichen Erlaubnis zu sein, wurde er deshalb wegen Vergehens gegen § 147, Ziffer 1 (Ausübung eines genehmigungspflichtigen Gewerbes ohne die erforderliche Erlaubnis) zur Anzeige gebracht, von dem Schöffengericht zwar zu Strafe verurteilt, vom Landgericht in der Berufungsinstanz aber freigesprochen, da er einer besonderen Erlaubnis nicht bedürfe. Da ihm trotzdem vom Stadtrat die Ausübung des Schankgewerbes in dem erwähnten Raume mangels Bedürfnisses untersagt wurde und sein dagegen bei der Kreishauptmannschaft eingewendeter Rekurs zurückgewiesen wurde, weil die frühere Konzession sich nicht mit auf das fragliche Zimmer erstrecke, so erhob der Gastwirt hiergegen die Anfechtungsklage beim sächsischen Oberverwaltungsgericht. In dem hierzu ergangenen, die Klage abweisenden Urteil dieses Gerichts wird unter anderem bemerkt, es sei ein in der Praxis allgemein anerkannter Grundsatz des Gewerberechts, daß sich die Erlaubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft oder Schankwirtschaft niemals auf ein ganzes Grundstück, sondern immer nur auf bestimmte, für den Gewerbebetrieb in Aussicht genommene Räume erstrecke, und daß jede wesentliche Veränderung der gewerblichen Räume, insbesondere die Ausdehnung des Gewerbebetriebs auf nicht konzessionierte Räume, einer neuen Konzession bedürfe. Dieser Praxis schließe sich das Oberverwaltungsgericht an und es habe den Gründen des erwähnten landgerichtlichen Urteils gegenüber, die es insoweit, als die Strafkammer die Notwendigkeit einer neuen Konzession im vorliegenden Falle verneine, nicht für zutreffend befinden könne und die für das Oberverwaltungsgericht — da Entscheidungsgründen im allgemeinen die Rechtskraft nicht zukomme — ohne maßgebende Bedeutung seien, keinen Anlaß, von der oben dargelegten Ansicht abzuweichen.

Wichtig für Zeugen. Zeugen, die die Reiseentschädigung nicht verscherzen wollen, werden gut thun, einen etwaigen Wohnungswechsel dem Gericht rechtzeitig anzuzeigen. Weit vom Gerichtsort entfernt wohnende Zeugen werden in der Regel am Wohnort kommissarisch vernommen, wenn ihr Erscheinen zur Verhandlung nicht ganz unerläßlich ist. Ein Wechsel des Wohnortes ist daher nicht ohne Bedeutung. Das mußte zu ihrem Schaden eine unbemittelte Frau aus Wittenberge erfahren. Der Frau war ein Regenschirm gestohlen worden. Sie erhielt eine Vorladung zur Hauptverhandlung, während sie noch in Spandau wohnte. Nun verzog sie nach Wittenberge, ohne dem Gericht, das ihr die Zeugenladung geschickt hatte, den Wohnungswechsel mitzuteilen. Hätte sie das gethan, so würde die Strafkammer vielleicht auf ihr Erscheinen verzichtet haben, zumal der Dieb geständig war. Da kam nun die Frau von Wittenberge nach Moabit und war nicht wenig enttäuscht, als sie nur die Erstattung des Fahrgeldes von Spandau nach Berlin und zurück bewilligt erhielt. Vergeblich bemühte sie sich um Ersatz für die weit höheren Fahrkosten; man konnte ihr nicht helfen, da nach den Akten immer noch Spandau als ihr Wohnort galt und in der Gebührenanweisung verzeichnet war. — Die Gerichte hätten, wenn sie so verfahren wollen, eigentlich die Pflicht, die Zeugen bei der Ladung auf die Notwendigkeit der Mitteilung des Wohnungswechsels hinzuweisen.

Ein Raubmordversuch, der angeblich schon seit drei Tagen im Alleegäßchen (innere Neustadt) geplant war, ist Dienstag in den Nachmittagsstunden noch zur rechten Zeit vereitelt worden, wie zwei hiesige Blätter melden. Durch eine Frauensperson, welche mit einem jüngeren Menschen ein in der Nähe des außerhalbenen Thalettes gelegenes Restaurant besuchte, wurde der Wirt von dem verbrecherischen Vorhaben des männlichen Gastes verständigt, worauf er durch sofortige Benachrichtigung der Polizei die Festnahme des Verbrechers ermöglichte. Auch der Mitschuldige des letzteren, gleichfalls ein noch junger Mensch, wurde festgenommen, als er bald darauf in der Wirtschaft erschien und sich nach seinem Gefährten erkundigte. Es war auf eine Altwarenhändlerin abgesehen. Die beiden Verhafteten sind Söhne hochachtbarer Eltern. — Die Geschichte klingt etwas sehr — romanhaft.

Die außerordentliche Generalversammlung des Dresdner Buchdruckervereins, von ca. 500 Mitgliedern besucht, beschloß auf Antrag des Vorstandes den Ankauf eines Grundstückes (120 000 M.) zum Zwecke der Bureau- und Bibliothekverlegung. Die Erwerbung der Rechtsfähigkeit (juristische Person) lehnte die Generalversammlung ab.

Einen Versuchsbrunnen will der Rat zu dem Zwecke der späteren Errichtung eines **dritten städtischen Wasserwerkes** herstellen lassen. Die Arbeit ist jetzt im Amtsblatt ausgeschrieben.

Kind verbrannt. Am Montag abend in der 7. Stunde verbrannte in **Bühlau** das dreijährige Kind des Maurers Z. Die Mutter des Kindes ließ unvorsichtigerweise die angezündete Lampe (einen Ballen zur Hängelampe) auf dem Tische stehen und ging dann fort, um einen Einkauf zu besorgen. Das Kind brannte während dessen an der Lampe Papier an und spielte damit so unvorsichtig, daß seine Kleider Feuer fingen. Auf das Geschrei eilten die Hausbewohner herbei, fanden aber die Thüre verschlossen. Endlich kam die Mutter zurück, leider zu spät, denn das Kind war bereits stark angekohlt und mußte sofort der Diakonissenanstalt zugeführt werden, wo es unterdes gestorben sein wird.

Schlachttieruntersuchungen. Im Anschlusse an unsere Mitteilungen über den Viehauftrieb auf dem hiesigen Viehhofe und die Schlachtungen im Stadtgebiete Dresden während des Jahres 1901 geben wir heute aus dem Berichte der Direktion der Fleischbeschau einige Zahlen über die tierärztlichen Beanstandungen und Beschlagnahmungen. Von den Marktieren waren lebend zu beanstanden 106 Rinder, 140 Kälber, 412 Schafe und 647 Schweine. Die meisten dieser Tiere (31 Rinder, 21 Kälber, 11 Schafe, 432 Schweine) hatten auf dem Transporte Verletzungen, Knochenbrüche u. dergl. erlitten, doch kamen auch zahlreiche Fälle von Tuberkuloseverdacht, Lähmungen verschiedener Art, Ueberfütterung und Seuchen vor. Zu den letzteren gehörten insbesondere 313 räudeverdächtige Schafe und 116 Schweine, die wegen Rotlauf- und Schweineseucheverdacht beanstandet werden mußten. Die lebend beanstandeten Schlachttiere wurden in den Absonderungsställen der Tierarzneianstalt untergebracht bez. in den Schlachthäusern der letzteren abgeschlachtet. Außerdem mußten der Tierarzneianstalt noch 3 Rinder, 52 Kälber, 31 Schafe und 232 Schweine übergeben werden, die auf dem Transporte oder in den Stallungen des Vieh- und Schlachthofes verendet waren. Die Beseitigung dieser Kadaver erfolgte durch die städtische Abdeckerei auf thermo-chemischem Wege. Bei der Beschau der **geschlachteten** Tiere waren durch die Tierärzte der städtischen Fleischbeschau zu **beanstanden** 11 083 Rinder (41,82 Prozent der geschlachteten), 976 Kälber (1,21 Prozent), 6458 Schafe (13,21 Prozent), 1 Ziege (2,44 Prozent), 8629 Schweine (0,46 Prozent), 113 Pferde (6,82 Prozent), 30 Hunde (41,10 Prozent). Von diesen Tieren waren nur einzelne Teile zu beschlagnahmen bei 10 310 Rindern, 707 Kälbern, 6409 Schafen, 1 Ziege, 7041 Schweinen, 89 Pferden und 29 Hunden. Hingegen wurden mit allen ihren Teilen beschlagnahmt und unschädlich beseitigt 79 Rinder, 60 Kälber, 6 Schafe, 20 Schweine, 24 Pferde und 1 Hund, während auf der Freibank noch verwertet werden konnten 754 Rinder, 319 Kälber, 43 Schafe und 1568 Schweine. Demgemäß kamen als bankwürdig in den freien Verkehr 97,10 Proz. der geschlachteten Rinder, 99,73 Proz. der Kälber, 99,90 Proz. der Schafe, 99,81 Proz. der Schweine, 98,55 Proz. der Pferde und 98,63 Proz. der Hunde. — Die beschlagnahmten Eingeweide usw. der obenerwähnten Tiere, von denen nur einzelne Teile zu beanstanden waren, bestanden sich insgesamt auf 18 691 Lungen, 544 Herzen, 9284 Lebern, 187 Milzen, 1199 Magen und Gedärme, 633 Nieren, 1618 Uteri, 249 Euter und 963 verschiedene Teile. Aus diesen Zahlen erhellt man deutlich, wie sehr notwendig derartige Untersuchungen im Interesse der Gesundheit der Menschen sind.

Leihamtsverkehr. Bei der Leihamtsgeschäftsstelle in Altstadt, Platzmannstraße 17, ist Dienstag der 4. März als letzter Tag festgesetzt, bis zu welchem die in den Monaten November und Dezember 1901 fällig gewesenen Darlehen zurückgezahlt oder die Darlehnsfristen anderweit verlängert werden müssen. Im Säumnisfalle werden die betreffenden Pfänder alsbald verkauft. Die Geschäftszeit ist durchgehend von früh 9 bis nachmittags 4 Uhr.

Polizeibericht. Außer der im Polizeibericht vom 25. d. M. erwähnten neunköpfigen Einbrecher- und Hehlerbande sind von der Kriminalpolizei wieder drei Einbrecher festgenommen worden, die sich zur Verübung von Einbrüchen in der Johannstadt zusammengefunden hatten.

Weiter wurde ein anderer Einbrecher verhaftet, der in einer der vergangenen Nächte in das Parterre eines Hauses der Ammonstraße eingestiegen ist, und einen Regulator sowie eine Anzahl Kleidungsstücke gestohlen hat.

Versammlungskalender für Freitag.

Allgem. Mieterschutzverein zu Dresden. Abends 8½ Uhr Haupt-Versammlung im Odeum, Carolastraße.

Metallarbeiter. Abends ½8 Uhr Projektions-Lichtbilder-Vortrag im Deutschen Haus in Potschappel.

Fachverein der Brauereiarbeiter Dresdens und Umgegend. Abends 8 Uhr Sitzungen im Trianon.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht.

-e. **Wegen Bandendiebstahls,** und zwar als rückfälliger Eigentumsverbrecher, befindet sich der 18½ Jahre alte Malergehilfe Warnuth Ehregott Sauberlich auf der Anklagebank. Am 27. Mai vorigen Jahres erst aus der Strafanstalt Sachsenburg entlassen, hat er den Sommer über gearbeitet und war im Oktober wieder ohne Beschäftigung. Von Ende Oktober bis Mitte Dezember hat er mit einem bisher nicht ermittelten Lackierer Boucher mindestens 12 Gelegenheitsdiebstähle ausgeführt und sich auch in einigen Fällen der Hehlerei schuldig gemacht. Die gestohlenen Objekte waren meist von geringerem Werte, resp. war der aus dem Verkauf derselben erzielte Erlös ein sehr geringer. Eine Zinkwanne, eine Holzwanne, ein kleiner Handwagen, wie ihn Kinder zum Spielen benutzen, eine Treppenleiter, eine Farbwalze usw. waren die erbeuteten Gegenstände. Sauberlich bemerkt, wenn er früher aus Leichtsinn gestohlen habe, so sei er diesmal durch die Not dazu getrieben. Die 6. Strafkammer erkennt auf 3 Jahre Gefängnis und entsprechende Nebenstrafen. Auf diese Strafe kommt die volle Untersuchungshaft von Mitte Dezember an in Anrechnung.

-e. **Diebischer Dienstbote.** Das 1879 in Grimma geborene Dienstmädchen Selma Frieda Kiesmann stahl am 2. Weihnachtsfeiertag ihrem Dienstherrn, einem Kaufmann in Blasewitz, einen Geldbetrag von 150 M. aus dessen Geldschrank und versteckte das Geld im Keller. Bei ihrer vorherigen Herrschaft hatte sie einer dort zu Besuch weilenden Dame beraubt ein Lederetaschchen mit Inhalt entwendet. Die rückfällige Diebin erhält 1 Jahr 1 Monat Gefängnis und verliert die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Kampf in Greiz dauert unverändert fort. Dienstag haben keine neuen Verhandlungen stattgefunden. Die Fabrikanten bleiben dabei bestehen, daß sie nur die sogenannten Zugeständnisse vor dem Einigungsamte anerkennen wollen, was in Wirklichkeit aber keine Verbesserungen für die Arbeiter sind. Die Fabrikanten denken wahrscheinlich, die ausgesperrten Weber, die sich schon jahrelang nur so durchgehungert haben, könnten irgend werden, wenn einige Pfennige Lohn mehr gezahlt würden. Ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen.

Ein unsäglichbares Unglück. Der fromme Reichsbote hat seine Sonntagsnummer nicht rechtzeitig fertigstellen können, weil die nutzlosen Stereotypeure des Blattes teuflischerweise, wie der Reichsbote behauptet, „kontraktwidrig" die Arbeit niederlegten. Wie der Vorwärts erfährt, erfolgte die Arbeitsniederlegung der Stereotypeure wegen der Maßregelung eines Kollegen. — Da werden die frommen Leser des gottgefälligen Blattes wohl um ihre gewohnte Sachmittagspredigt gekommen sein.

Die Rache der Unternehmer. Weil die Arbeiter der Firma Otto Gruson in Magdeburg sich weigerten, einen Arbeiterausschuß zu wählen, da dessen Mitglieder gewohnheitsmäßig, wenn sie die Interessen ihrer Mandatgeber vertreten wollten, auf die Straße flogen, läßt jetzt der Unternehmer, trotzdem Arbeiterentlassungen vorgenommen worden sind, Tag und Nacht arbeiten. — Zu solchen niedrigsten Praktiken greifen die Herren Unternehmer, wenn es nicht nach ihrem Kopfe geht.

Genosse Leimpeters von der Berg- und Hütten-Arbeiter-Zeitung wurde von der Strafkammer in Bochum wegen angeblicher Beleidigung des Vorstandes der Gelsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. — Trotzdem Genosse Leimpeters selber Bergmann war und die von ihm geleitete Zeitung das Organ der Bergarbeiter ist, wurde ihm doch der § 193 nicht zuerkannt.

Der Verband der Maler und Lackierer zählte am Schlusse des Jahres 1901 11 894 Mitglieder gegen 10 [illegible] am Schlusse des Vorjahres. Die Gesamteinnahme bezifferte sich auf [illegible] M., die Ausgabe auf 164 203 M., so daß die Mehreinnahme 22 815 M. beträgt. Das Gesamtvermögen des Vereins bezifferte sich am Schlusse

---

Die Physiker werden zu dieser Theorie bald Stellung nehmen. In englischen Fachkreisen wird Crookes' Annahme als ein bedeutender Fortschritt der Erkenntnis von der Natur der Dinge begrüßt, und man erinnert an die von Crookes selbst unlängst gesprochenen Worte: „Schleier auf Schleier lüftet sich, und das Antlitz der Natur wird immer schöner, strahlender und wundervoller mit jeder Schranke, die zwischen ihr und dem menschlichen Geist niedergerissen wird."

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Den **Bertillon-Preis,** der von der Gesellschaft für Anthropologie in Paris verliehen wird, hat für dieses Jahr Professor **Ripley** von der Harvard-Universität für sein Werk über Die Rassen Europas erhalten. —

Professor **Gregory,** der bekannte Geologe, der zuerst als Leiter der englischen Südpolarexpedition erwählt war, dann aber von dieser Stellung zurücktrat, weil dem wissenschaftlichen Führer nicht genügende Freiheit zugestanden wurde, ist jetzt an die Spitze der geologischen Landesuntersuchung für den australischen Staat Victoria berufen worden, um diese zu reorganisieren. —

Eine bedeutende Forschungsreise auf der Insel **Cuba** ist von Washington aus ins Werk gesetzt worden. Die Führung hat Dr. Edward **Palmer** übernommen, ein früher um die Erforschung von Mexiko höchst verdienter Gelehrter. Ihm zur Seite stehen zwei Naturkundige des Nationalmuseums der Vereinigten Staaten, die Pflanzen, Säugetiere, Vögel und Reptilien sammeln sollen. Es sind wertvolle wissenschaftliche Ergebnisse zu erwarten, zumal eine besondere Aufmerksamkeit dem noch unerforschten Bergland im südlichen Teil der Provinz Santiago gewidmet werden soll. —

Künstlerischer Wandschmuck für Schule und Haus. Die beiden Verlagsanstalten von B. G. Teubner und R. Voigtländer in Leipzig, die sich zur Herausgabe billiger Künstlersteinzeichnungen zusammengethan haben, veröffentlichen soeben ein neues illustriertes Verzeichnis der Steinzeichnungen. Danach sind bis jetzt 24 Blatt erschienen, denen im Laufe des Jahres noch ebensoviele folgen sollen. Das Verzeichnis, das über das ganze von uns früher eingehend besprochene Unternehmen gut orientiert, ist kostenlos zu haben. —

Nach den neuesten Meldungen hat **Tolstoi** die Krisis überstanden. Die Herztätigkeit ist befriedigend. —

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19020227/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

des Jahres 1901 auf 118 031 M. — Also trotz der Krise ein Wachsen des Mitgliederstandes und des Vermögens.

Die englischen Arbeiter wollen nunmehr gegen das Urteil des Lords, das die Bewegungsfreiheit der englischen Gewerkschaften vollständig einschränkt hat, vorgehen. Das parlamentarische Komitee des Gewerkschafts-Kongresses hat beschlossen, eine Novelle zum Trades Unions-Gesetze einzubringen, die das Urteil der Lords unwirksam machen soll. Nach einem Zirkular von Samuel Woods soll diese Novelle nunmehr nach den Osterferientagen dem Parlament zugehen. Sie lautet:

„Werden von einem Beamten, Diener oder Agenten einer Trade Union zwecks eines Streiks, Lockouts oder irgend eines industriellen Konflikts zwischen Unternehmern und Arbeitern ungesetzliche Handlungen begangen, so darf der gerichtliche Prozeß oder das gerichtliche Verfahren nicht gegen die Trade Union oder gegen die Personen, die ihre Beamten oder Vertreter sind, gerichtet sein; es sei denn, daß die Leitung der Trade Union nachweislich den Beamten, Diener oder Agenten zu den ungesetzlichen Handlungen ausdrücklich autorisiert hat."

Der Entscheid des Hauses der Lords, um den es sich bei der Aktion handelt, lautet:

„Eine Gewerkschaft ist korporativ für die Handlungen ihrer Beamten verantwortlich; sie ist klagbar und mit ihrem Fonds für alle rechtlichen Anprüche haftbar."

Die Novelle ist von den Arbeiterabgeordneten und von einigen liberalen Abgeordneten unterschrieben.

Inzwischen gehen die Unternehmer auf Grund des Taff-Vale-Urteils klagend gegen die Gewerkschaften vor. Die Bergarbeiter von Südwales haben bekanntlich im Monat November 1901 einige Arbeitstage in der Kohlenförderung eintreten lassen, um der Ueberproduktion vorzubeugen. Die Bergwerksbesitzer erhoben nun die Regreßklage gegen die südwalisische Bergarbeiter-Föderation und beanspruchten einen Schadenersatz von nicht weniger als 78618 Pfund Sterling (über 1 572 360 Mark).

Diese ganzen neueren Vorkommnisse im englischen Gewerkschaftsleben haben vielleicht das eine Gute, daß die englischen Arbeiter endlich einmal aufhören, den bürgerlichen Parteien nachzulaufen und anfangen, selbständig in die politische Bewegung einzugreifen.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Modeltischler in Berlin streiken. Die Unternehmer versuchen in anderen Orten Streikarbeit herstellen zu lassen. — Die Bauarbeiter von Glückstadt wollen den zum Jan gültigen Vertrag mit den Unternehmern verlängern. — Nachdem die Unternehmer alle Forderungen der Schneider in Flensburg rundweg abgelehnt, ist ein Streik unvermeidlich. — Der Lohntarif der Töpfer in Breslau ist in unveränderter Form auf zwei Jahre verlängert. — Der Drechslerstreik bei der Firma Worms in Jena dauert unverändert fort. Worms sucht Arbeitswillige, denen er 50 Pf. die Stunde geben will. Wenn er seinen alten Arbeitern anständige Löhne zahlte, wäre gar nicht gestreikt worden. — Sämtliche Fabrikschuhmacher der Firma Rotenbusch & Co. in Mainz sind wegen unerhörter Lohnreduktionen in den Streik getreten. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts wurde von der Lohnkommission zur Vermittelung angerufen. — Die Differenzen, die in München zwischen den organisierten Holzarbeitern und dem Schreinermeisterverband des Baugewerbes ausgebrochen drohten, sind durch das Eingreifen des Gewerbegerichtsvorsitzenden beigelegt worden. — Der Ausstand bei der Firma Adam Schmidt in Saalfeld ist nun doch eingetreten, obgleich die Arbeiter durch Antreten des Einigungsamtes sich bemüht haben, das Aeußerste zu vermeiden. Herr Schmidt wollte von einer Einigung nichts wissen und so leiten denn am Montag 40 Arbeiter die Arbeit nieder. In Betracht kommen Böttcher, Drechsler, Tischler, Schreibemaller und einige Handarbeiter. Zuzug von Arbeitern dieser Branchen ist fernzuhalten. — Auch die Schneidergehilfen von Mannheim haben ihren Arbeitgebern Forderungen eingereicht. Die einzurichtenden Tarife sind in vier Klassen geteilt und sehr minimal gehalten. — Die Fabrikanten in Enschede sind übereingekommen, die Wochenlohnzahlung über die Schließung sämtlicher Fabriken, wie sie bekanntlich anläßlich des Weberstreiks geplant wird, noch 14 Tage hinauszuschieben.

Soziales.

Von der badischen Fabrikinspektion, von der man bisher immer nur Günstiges berichten konnte, werden jetzt Sachen bekannt, die diesen Ruhm ganz bedeutend zu verdunkeln geeignet sind. Unser Mannheimer Parteiblatt berichtet, daß mehrere Arbeiter, die sich über Mißstände in ihrem Betriebe bei der Fabrikinspektion beschwert hatten, jetzt plötzlich gemaßregelt wurden. Auch hat die Inspektion die Briefe an die Staatsanwaltschaft behufs Ermittelung eines Verbrechens ausgeliefert. In der im Anschluß daran angeordneten Gerichtsverhandlung wurden dann die Namen sämtlicher Beschwerdeführer in Anwesenheit der Unternehmer, die als Zeugen anwesend waren, verlesen, und die Folge dürften weitere Maßregelungen sein.

Durch eine solche Handlungsweise wird die Fabrikinspektion das Vertrauen, das die Arbeiter in Baden bisher zu ihr hatten, völlig untergraben. Wenn die Namen der Beschwerdeführer von der Inspektion nicht diskret gehalten werden, wird kein Arbeiter sich der Gefahr der Maßregelung aussetzen und die Fabrikinspektion bleibt unwirksam.

Ueber die Arbeitslosenzählung in Berlin wurde im Berliner Gewerkschaftskartell Bericht erstattet. Zieht man in Betracht: 8776 gewerkschaftlich organisierte und ca. 1700 politisch organisierte, insgesamt also 13 500 Personen sind bei der Arbeitslosenzählung beschäftigt gewesen. 1485 Zähler gehörten dem Baugewerbe, 2005 der Metallindustrie an. Nach den Berufsgruppen geordnet stellten ferner Stein und Erde 112, Holzindustrie 1019, chemische Industrie 89, Leder und Papier 545, Textil 89, graphisches Gewerbe 521, Bekleidung 396, Nahrungsmittel 164, Handel und Verkehr 200, ungelernte Arbeiter 100, Gastwirtsgewerbe 77 Zähler.

Der Profit der Glasmillionäre in Gerresheim ist trotz des Generalstreiks noch gestiegen, von 10 auf 12 Proz. — Vielleicht erlassen die Herren im nächsten Sommer wieder einen Ukas gegen das Schlappwerden vor den Glasöfen. Die Arbeiter können Blut und Wasser schwitzen, wenn nur die Dividende steigt.

Arbeitslosigkeit in Darmstadt. Eine Zählung ergab 1405 gänzlich Arbeitslose und 776 mit beschränkter Arbeitszeit.

Polizei und Prostitution. Die Bordellwirte werden bekanntlich in Hamburg im „polizeitechnischen" Sinne, wie der Hanseatische Bundesratsbevollmächtigte bei der Beratung der famosen Lex Heinze so schön sagte, „Beherberger" genannt. In Stuttgart werden die Prostituierten von der Polizei im Adreßbuch als „Näherinnen" aufgeführt. Die Schwäb. Tagwacht wendet sich gegen diesen Unfug, indem sie schreibt:

„Diejenigen Arbeiterinnen, die sich ihr Brot thatsächlich mit Nähen erwerben, können sich das ganz entschieden verbitten. Sie können es nicht dulden, daß aus einer so grundlosen Maßnahme der Polizei künftig einmal falsche sittengeschichtliche Schlüsse über sie gemacht werden. Sie erwarten, daß den unliebsamen Verwechslungen, die die Polizei auf solche Weise leicht veranlaßt hat, endlich einmal ein Ende gemacht werde. Wie kann überhaupt die Polizei auf die Idee kommen, jene Frauen, die ihren Lebensunterhalt auf ganz andere Weise erwerben, als „Näherinnen zu bezeichnen? Ja, warum grade als Näherinnen? Eines schönen Tages konnte es ebenso gut den klugen, nachkantigen Herren einmal einfallen, die Prostituierten kurz und sonders Kellnerinnen zu nennen oder einer anderen Arbeiterinnenkategorie auf solche Weise ein Brandmal aufzudrücken. Warum nennt man denn jene Damen nicht lieber Privatiere oder noch besser — Freifräulein?"

Auch anderswo soll dieser Unfug üblich sein, so unter anderem in der Haupt- und Residenzstadt Dresden. Vielleicht ist diese Bezeichnung um deswillen üblich, damit eine Steuer erhoben werden kann; denn von einem unsittlichen Gewerbe dürfte doch von rechtswegen, da es doch offiziell nicht gestattet werden darf, keine Steuer erhoben werden. Thatsächlich figurieren die Damen vom „horizontalen Handwerk" auch in den Steuerlisten natürlich als „Näherinnen".

Handel und Wandel.

Die Dresdner Bank hat in diesen Tagen ihren Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattet. Wir wollen uns auf die Einzelheiten hier nicht einlassen, erlauben eine Reihe der Zahlen zu kritischer Kritik Veranlassung geben kann; nur die eine Bemerkung sei aus dem Berichte herausgegriffen, die Bank habe unter heftigen Preisangriffen zu leiden gehabt. Das ist wahr. Die wenigen Zeitungen Deutschlands, die sich ihre Unabhängigkeit von den Großbanken bewahrt haben, mußten erinnern die Dresdner Bank zum Gegenstande unserer Kritik machen. Auch wir waren dazu wiederholt genötigt. Aber alle unsere Angriffe waren gut begründet und bis in die letzte Einzelheit hinein genau informiert. Die leichte Art der Geschäftsmacherei, die bei der Dresdner Bank üblich geworden war, mußte scharf beleuchtet werden, damit nicht durch neue Unbesonnenheiten vielleicht eine noch größere Katastrophe für unser Wirtschaftsleben heraufbeschworen wurde. In dem Geschäftsberichte der Bank weist sich auch ganz deutlich, daß sich die Direktion die Lehren, wie man zu sagen pflegt, „hinter die Ohren geschrieben hat".

Die Empfindlichkeit, die in dem Berichte zum Ausdruck kommt, ist also ganz und gar ungerechtfertigt. Man kann sie nur verstehen, wenn man bedenkt, daß die Dresdner Bank nicht gewohnt war, die Kritik unabhängiger Journalisten zu erfahren; wie es in Dresden Hand, ist ja bekannt, und das kecke Angebot, daß man dem Herrn Bernhard in Berlin machen ließ, wird auch nicht vergessen. Der Dresdner Bank dürfte aber wohl selbst nicht entgehen, daß es besser ist, die Geschäfte unabhängig zu gestalten, als Handelsredakteure durch Bestechung, durch Beteiligungen oder durch Zuwendung von Inseraten zu kaufen.

Verband deutscher Glasfabriken. Der Verband deutscher Glasfabriken hat sich, wie die Niederschlesische Zeitung meldet, als einzetragene Genossenschaft konstituiert. Eine „angemessene" Erhöhung der äußerst gedrückten Preise soll schleunigst in Kraft treten, nachdem die wenigen noch außerhalb stehenden Firmen ihren Beitritt vollzogen haben werden. Eine allgemeine Einstellung des Betriebes wird für kommende Jahre geplant, die Glas für Beleuchtungsanlagen herstellen.

Vom Wucherbundikat. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat fühlt sich offenbar noch auf der Höhe seiner Macht; es denkt gar nicht daran, die Preise zu ermäßigen, was doch das einzige Mittel wäre, den Absatz zu beleben. In dem Geschäftsberichte des Syndikats, der am Sonnabend der Zechenbesitzer Versammlung vorgelegt wurde, heißt es: „Eine Ermäßigung der einmal für 1902 auf 1903 festgeschlossenen Kohlenpreise ist absolut ausgeschlossen, es wird an denselben vielmehr unter allen Umständen festgehalten werden.

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft — Schuckert-Gesellschaft. Wie aus Bayern gemeldet wird, soll die Fusion der beiden Gesellschaften nunmehr in der Weise vorbereitet worden sein, daß die Aktionäre für fünf Schuckert Aktien zwei Aktien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erhalten. Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Der amerikanische Stahltrust in Europa. Aus Stockholm wird jetzt bestätigt, daß ein Mr. Harrison, Vertreter des amerikanischen Stahltrusts, mindestens 3000 Aktien der Eisenwerke von Gellivare in Lappland erworben hat. Die Jahresproduktion der Erzfelder von Lappland beträgt über 3 Millionen Tons.

Versammlungen.

Barbiere und Friseure. In der am Donnerstag den 20. Februar stattgehabten Gehilfenversammlung sprach Herr Fricke über: Die Aufgaben der modernen Gewerkschaftsorganisationen in der Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Unterstützungseinrichtungen. Der Referent behandelte das Thema in 1½ stündigem Referat in ausführlichster Weise, so daß alle Anwesenden mit größtem Interesse folgten. Einer strengen Kritik unterzog Redner die Innungen des Kleingewerbes. Im Schlußwort forderte er die anwesenden Kollegen auf, in den Verband einzutreten. Einige Fälle von schlechten Schlafstellen und Nichtgewährung des Ausgangs wurden dem Vertrauensmann zur Erörterung überwiesen. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, noch einmal ein Schreiben an beide Innungen zwecks Gründung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu richten. (Eing. 24. 2.)

Polierer. Am 10. d. M. fand in Hausmanns Restauration eine Sektionsversammlung der Polierer statt. In seinem Jahresbericht bemerkte der Vertrauensmann, daß im vergangenen Jahre fünf Versammlungen stattfanden. Die laufenden Ausgaben betrugen 12 M. 58 Pf. Dann wurde Kollege Schelzig einstimmig als Vertrauensmann gewählt. Zum Agitationskomitee wurden die Kollegen Siegel und Gladewitz gewählt. Unter Gewerkschaftlichem wurde der Wunsch ausgesprochen, daß das Agitationskomitee Jahresbericht erstatte. Die Kollegen von der Firma Pfeifer & Gröschel teilen mit, daß die geplanten Lohnreduktionen durch die Solidarität der dortigen Kollegen zurückgewiesen wurden. Weiter wurde die Frage aufgeworfen, warum die Berichte, die der Holzarbeiter-Zeitung eingesandt werden, entstellt werden. Vom Vorsitzenden wurde betont, daß die Berichte, die er als Vertrauensmann eingesandt hat, der Wahrheit entsprachen. Eine Resolution, die sich mißbilligend betreffs des Berichts des Möbelpolierer-Verbandes in der Holzarbeiter-Zeitung aussprach, wurde abgelehnt. Zum Schluß wünschte der Vorsitzende, daß die Kollegen sich recht zahlreich an den Versammlungen beteiligen möchten. (Eing. 25. 2.)

Brauereihilfsarbeiter. Die am 19. Februar stattgefundene Versammlung war gutbesucht. Ueber die Einwirkung und Niederlage in der Familie referierte Genossin Kähler. Nach ihrem fesselnden Vortrag erntete Rednerin lebhaften Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Saale der Gambrinus-Brauerei tagende öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin voll und ganz einverstanden. Die Versammlung verspricht, da man von einem freien Arbeitsvertrag unter den Brauereiarbeitern nicht sprechen kann, danach hinzustreben, daß auch endlich zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Brauereien von Dresden und Umgegend ein solcher zu stande kommt. Des weiteren verspricht die Versammlung, die der Organisation noch fernstehenden Brauereiarbeiter und Arbeiterinnen derselben zu gewinnen." — Wegen Stellungnahme zum Verbandstag wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche die Vorbereitungen zum Verbandstag in Beratung nimmt. Als Delegierter wurde Kollege Wetter gewählt, als Stellvertreter Kollege Fehrmann. Zum Gewerkschaftlichen beschwerte sich der Kassierer über das unregelmäßige Abliefern der Beiträge. Dann ergriff Genossin Kähler das Schlußwort; in kurzen, kräftigen Worten feuerte sie die Mitglieder zur Agitation und zum Halten der Arbeiterzeitung an. Dann erfolgte Schluß der Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung. (Eing. 25. 2.)

Neues aus aller Welt.

Der Unfall des Neckars. Nach in London vorliegenden Meldungen waren dem in Halifax im Schlepptau des Lloyddampfers Karlsruhe am 25. Februar eingetroffenen Lloyddampfer Neckar 700 Meilen östlich von Halifax vier Flügel der Schiffsschraube gebrochen, als er von der Karlsruhe angetroffen und ins Schlepptau genommen wurde. An Bord beider Dampfer befanden sich über 2000 Passagiere.

Durch Bergstürze ist die Existenz des Dorfes Schwanden bedroht, das in der Nähe des den Schweizer Touristen wohlbekannten Giesbachs bei Brienz im Berner Oberland liegt. Die Berner Regierung ist der Ansicht, daß alle Bewohner ihre Häuser werden verlassen müssen, um sich anderwärts anzusiedeln. Eine Spezialkommission ist mit der Prüfung der Rettungsfrage der Gemeinde beauftragt worden, und man beabsichtigt, das Terrain des Dorfes, wenn die Häuser abgebrochen und die Materialien weggeschafft sein werden, mit Wald zu bepflanzen.

Ein Geldbriefträger ermordet. In Kopves (Ungarn) lockte der Fleischer Vincze den Geldbriefträger Lerczang auf die Fleischbank, ermordete denselben und raubte 1600 Kronen. Der Mörder wurde verhaftet.

Von Vagabunden wurden in Meinasco bei Turin zwei Karabinieri auf ihrem Patrouillengange nach furchtbarem Kampfe überwältigt und auf schreckliche Weise ermordet.

Eine falsche Nachricht über Hilsner wurde dieser Tage verbreitet. Hilsner, der wegen der Polnaer Mädchenmorde von den ritualmordgläubigen antisemitischen Geschworenen zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Kerker begnadigt wurde, habe in der Strafanstalt Pankrac um die Wiederaufnahme des Verfahrens nachgesucht mit der Begründung, daß er seine Mitschuldigen nennen wolle, hieß es. Die Sache bei der Oberstaatsanwaltschaft mitgeteilt worden. — Die Meldung ist von Anfang bis zu Ende Schwindel. Hilsner hat nichts gestanden und die Staatsanwaltschaft nichts verfügt. Die Justizmörder müssen also auf diese Beruhigung vorläufig verzichten.

Auf dem Eise eingebrochen ist am Sonntag auf dem Nolsee bei Johannisbad ein Fuhrwerk mit 2 Männern und 3 Frauen. Alle Insassen und beide Pferde sind ertrunken.

Von den getrennten indischen Zwillingsschwestern Rodica und Dodica ist die letztere zu Paris gestorben. Rodica ist gegenwärtig wieder vollkommen hergestellt. Dr. Doyen gestattete ihr, aufzustehen, und zum erstenmal in ihrem Leben ging sie, so wird aus Paris geschrieben, am Sonntag allein und handelte allein. Originell war ihr Erstaunen, daß sie nun ihren linken Arm frei gebrauchen konnte, den sie bisher stets unbeweglich um den Hals ihrer Schwester Dodica geschlungen hatte. Natürlich verlangt Rodica oft nach dieser und scheint sich ohne sie zu langweilen, so sehr sie früher auch durch die Verkettung mit ihr in den Bewegungen gehindert war.

Zu einem regelrechten Aufruhr kam es an einem der letzten Abende in dem bei Moers gelegenen Ort Blum. Der dortige Pfarrer hatte bewirkt, daß von Gerichts wegen für zwei Kinder seiner Gemeinde die Fürsorgeerziehung angeordnet worden war. Als nun der Pfarrer des Abends in einen Außenbezirk seiner Gemeinde ging, rotteten sich eine Menge zusammen und bombardierte das Pfarrhaus mit Steinen, weil die Leute das gerichtliche Urteil, das der Pfarrer veranlaßt hatte, als ein Unrecht empfanden. Die Menge wurde immer mehr an und erwartete die Rückkehr des Geistlichen. Als er nun seiner arg beschädigten Wohnung anlangte, wurde er gewaltsam von Pferde herunergerissen und zu der in Krämpfen liegenden Mutter jener beiden Kinder geführt. Zum Glück erschien inzwischen Gendarmerie, die den verwundeten Pfarrer aus den Händen der tobenden Menge befreite und die Ruhe wieder herstellte, nachdem mehrere Personen verhaftet worden waren. Hinterher ist verfügt worden, daß die Kinder vorläufig bei der Mutter bleiben.

Die Ausgrabungen in Schemacha, das bekanntlich durch ein Erdbeben der Zerstörung anheimgefallen ist, finden, wie aus Baku telegraphiert wird, unter Leitung von Sappeuren statt. Es sind in Schemacha fünf Kommissionen gebildet worden: eine medizinische, eine Verpflegungskommission, eine Auswanderungs- oder Uebersiedelungskommission, eine Ausgrabungskommission und eine Baukommission. Täglich verlassen Hunderte von Familien die Stadt, zum großen Teil auf Kosten des Komitees. Im ganzen sind 4000 Häuser zerstört. In Schemacha ist Kälte und Schneefall eingetreten. Seit einigen Tagen sind Typhus und Scharlach ausgebrochen. Menschen- und Tierleichen liegen in Verwesung über, es herrscht großer Mangel an warmen Kammern.

Das Unterstützungskomitee in Schemacha hat bekannt, daß die Zahl der notleidenden Familien 2561 beträgt; im Ganzen sind 11 000 Personen notleidend. Von 882 bisher ausgegrabenen Leichen sind 41 solche von Armeniern, alle übrigen solche von Mohammedanern. Die Ausgrabungen dauern fort. Der Landeschef des Kaukasus, Fürst Galitzin, besichtigte am Montag Schemacha. Die Bodenschwankungen haben aufgehört. Aus Schemacha sind im ganzen 7000 Personen ausgewandert.

Zwei Todesfälle an Pest und weitere drei Erkrankungen an der Seuche ereigneten sich nach einem Telegramm aus Schanghai an Bord des Postdampfers Ballarat unter dem Teil der Mannschaft, welcher vor Woo kam. Die Behörden entwickeln eine sehr eifrige Tätigkeit. Das Schiff ist isoliert.

Die Auslieferung Terkindens ist von dem Oberbundesgericht in Washington beschlossen worden. Das Oberbundesgericht erkannte den Auslieferungsvertrag als gültig an, da Deutschland ihn hat verletzt und Preußen nicht aufgehört habe zu existieren.

Briefkasten.

P. W. 100. P. am 22. Februar 1840 in Köln. L. am 29. März 1826 in Gießen.

S. Ja.

Th. A., Mathildenstraße. 1. Wer verwandt mit den Parteien ist, oder sich durch seine Angaben selbst belasten würde, bezw. muß. 2. und 3. durch diese Antwort erledigt.

W. A., Ausgabestelle Schnorrstraße. Gut gemeint, aber für die Veröffentlichung ungeeignet.

Dresdener Theater.

Donnerstag den 27. Februar.

Opernhaus, (Altstadt.) Mignon. Oper in 3 Akten. Text von Jerdinand Gumbert. Musik von Ambroise Thomas. Anfang ½8 Uhr.

Freitag: Der fliegende Holländer.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Für die Mittwoch-Abonnenten des 26. Februar: Ein Glas Wasser. Intriguenspiel in 5 Akten. Nach dem Französischen des Scribe. Anfang ½8 Uhr.

Freitag: Des Pastors Kiele.

Residenztheater. Madame Sans Gêne. Lustspiel in 4 Akten von Sitzer Sardou. Jenny Groß als Gast. Anfang ½8 Uhr.

Freitag: Madame Sans Gêne.

Central-Theater.
Variete.
Täglich Vorstellung.
Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.
Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen:
Nachmittags (ermäßigte Preise) Einlaß 3 Uhr, Anfang ½4 Uhr.
Abends ½8 Uhr gewohnl. Preise.

Victoria-Salon.
Abschieds-Auftreten
sämtlicher Künstler und Spezialitäten.
Anfang ½8 Uhr.
Am 1. März: Otto Reutter!
Im Tunnel: Frei-Konzert.

Wetterbericht nach der Wettersäule auf der Carolabrücke vom 27. Februar, vormittags 10½ Uhr.

Barometer: 746. — Veränderlich
Thermometer: + 6° R.
Thermometergrade n. Reaumur: Min. — 4°, Maxim. + 5°.
Hygrometer: 70%